Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Haupt, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1574, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2,25 Mk. monatl. 90 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 20 Pf., Inserate von auswärts 30 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Postscheckkonto: Nr. 5259 Berlin. — Etwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 70. Magdeburg, Donnerstag den 23. März 1916. 27. Jahrgang.

Das Ringen um die Zukunft.

Die Anträge, die die konservative und die nationalliberale Fraktion des Reichstags eingereicht haben und die einen möglichst scharfen U-Boot-Krieg verlangen, haben den letzten Schleier von den Absichten gelüft, die seit Monaten hinter den Kulissen verfolgt werden. Es ist kein Zweifel mehr, worum es sich handelt: um nicht mehr und nicht weniger als um den Reichskanzler selbst, der bei gewissen politischen Scharfmachern in den Verdacht gekommen ist, eine besondere und gute Waffe der deutschen Seekriegführung nicht so anzuwenden, wie es den militärischen und politischen Notwendigkeiten des Krieges entspräche. Man weiß, daß die Anhänger der konservativen und nationalliberalen Anträge zugleich den aus dem Amte geschiedenen Staatssekretär des Reichsmarineamts für sich beanspruchen, weil sie in ihm allein einen würdigen und energischen Vertreter des

rücksichtslosesten U-Boot-Kriegs

erblicken. Der Kampf drehte sich also ursprünglich um eine militärische Frage, er ist aber immer mehr in einen rein politischen umgeschlagen. Diese Entwicklung nimmt nicht wunder. Es ist klar, daß wer auf dem einen Gebiet ein Scharfmacher ist, es auch auf dem andern sehr viel leichter wird als ein Mann, der überlegt, und die Folgen seines Handelns höher wertet als die Hartnäckigkeit seiner Prinzipien.

In dieser Hinsicht hat die sozialdemokratische Presse sich von vornherein auf die Seite des Reichskanzlers gestellt, sowenig sie auch sonst unter seine unbedingte Gefolgschaft gerechnet sein will. Es erscheint uns klar, daß über die militärische Kriegführung hinaus politische Rücksichten bestehen bleiben, die es ratsam erscheinen lassen können, in bestimmten Zeitpunkten eine bestimmte Waffe nicht mit der Rücksichtslosigkeit anzuwenden, die man in andern Zeiten wohl anwenden kann.

Die ganze Entwicklung der Dinge bietet aber auch über die Gegnerschaft der Scharfmacher gegen den Reichskanzler hinaus eine Reihe von höchst interessanten Momenten. Das wichtigste und für die Zukunft bemerkenswerteste besteht darin, daß diejenigen politischen Fraktionen, die sonst das Parlament möglichst einengen wollen und im besondern seine Unzuständigkeit selbst in minder entscheidenden Fragen der auswärtigen und militärischen Politik betonen, jetzt nicht nur einen

direkten Eingriff in die auswärtige Politik,

sondern geradezu in die Kommandogewalt des Kaisers vornehmen. Denn die Forderung, den U-Boot-Krieg in einer andern Art zu führen, als es die vom Kaiser abhängigen obersten militärischen Stellen tun, heißt nichts andres, als die Führung des Admiralstabs selbst in die Hand nehmen zu wollen.

Wenn also jetzt die Konservativen und Nationalliberalen darangehen, die Rechte des Reichstags zu erweitern und für ihn auch einen direkten Einfluß auf die auswärtige und militärische Politik in Anspruch zu nehmen, so kann das für diejenigen, die eine möglichst scharfe parlamentarische Kontrolle und möglichst erweiterte Rechte des Parlaments wünschen, nur höchst erfreulich sein. Wir werden auch sicher in der Zukunft Gelegenheit haben, den Konservativen und Nationalliberal-Freikonservativen ihr eignes Vorgehen als Beispiel vorzuhalten. Denn diese Kreise können unmöglich für sich allein in Anspruch nehmen, über Dinge, die ihnen besonders am Herzen liegen, gerade jetzt mitreden und mitentscheiden zu wollen; sie werden das gleiche Recht später auch den andern Fraktionen zubilligen müssen, wenn sich Dinge ereignen, über die gerade diese mitreden und mitbestimmen möchten. Es bleibt eine besondere Ironie der innern deutschen Geschichte, daß diejenigen Leute, die sich zum Beispiel damals nicht genug entrüsten konnten, als der Reichstag in der seligen Zabern-Angelegenheit eine schüchterne Kritik übte und einige Wünsche aussprach, jetzt weit mehr tun, und das in einer Zeit, die ganz anders ist als die damalige. Welches Geschrei ertönte damals und welche Wut äußerte sich in der konservativen Presse und auch in den konservativen Reden! Und nun dieser Gegensatz! . . .

Darum interessiert dieser Kampf die sozialdemokratische Partei besonders, ist er doch ein Kampf um die Grundsätze der zukünftigen Politik. Sowenig die Sozialdemokratie eine unbedingte Anhängerin des Reichskanzlers ist, so sehr wird sie ihn doch unterstützen müssen in allen Kämpfen, die nicht nur um eine Verschärfung des gegenwärtigen Weltkriegs gehen, sondern um die große Frage der künftigen auswärtigen und innern deutschen Politik. Wenn Bassermann und Heydebrand jetzt als Ministerstürzer auftreten wollen, hat die Sozialdemokratie keinen Anlaß, gerade jetzt ihnen behilflich zu sein. —

*

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat übrigens am Dienstag folgenden Antrag beschlossen:

Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übermitteln:

Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der U-Boot-Waffe alles vermieden wird, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Erweiterung des Krieges bewirken könnte.

Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unversehrtheit des Reiches, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherstellt.

Als Redner für die politische Debatte im Reichstag wurden die Fraktionsvorsitzenden, die Genossen Ebert und Scheidemann, bestimmt. —

*

Wie es gemacht wird.

Am 15. März hat der Berliner Universitätsprofessor Dr. Schäfer an zahlreiche Adressen eine an den Reichstag zu richtende Eingabe versandt, das von folgendem Schreiben begleitet wird:

Sehr geehrter Herr! Die nachstehend abgedruckte Eingabe an den Deutschen Reichstag geht Ihnen mit der dringenden Bitte zu, sie sofort zu zeichnen und mit so vielen Unterschriften wie möglich spätestens drei Tage nach Empfang dieses Schreibens in verschlossenem Briefe an Herrn Abgeordneten Fuhrmann, Berlin SW 11, Abgeordnetenhaus, zu senden.

Auf deutliche Namensunterschrift und postsichere Wohnungsangabe ist besonders zu achten.

Mit bestem Dank für Mitarbeit in vorzüglicher Hochachtung

D. Dr. phil. et jur. Dietrich Schäfer, Professor der Geschichte an der Universität Berlin, Großh. Badischer Geheimer Rat.

Die Eingabe selbst enthält nach der „Freis. Ztg." einen Aufruf zur rücksichtslosen Führung des Krieges gegen England vermittels der U-Boote. Das Blatt bemerkt dazu: „Wir wollen und können auf den Inhalt dieser Eingabe nicht eingehen. Darum müssen wir uns darauf beschränken, hervorzuheben, daß es sich hier um eine ganz einseitige und tendenziöse Darstellung handelt, die dem Standpunkt der Regierung und Heeresleitung absolut keine Gerechtigkeit widerfahren läßt."

*

Eine Kriegserklärung.

In den konservativen Berliner Blättern — „Kreuzzeitung", „Deutsche Tageszeitung", „Tägliche Rundschau", „Reichsbote", „Post", „Berl. N. Nachr." u. a. — finden wir heute folgende offizielle Erklärung:

Angesichts der Behandlung, welche die dem Reichstag vorliegenden Anträge zum Handelskrieg gegen England durch amtlich beeinflußte Auslassungen erfahren haben, fühlen wir uns in Gemeinschaft mit einer Anzahl führender (!!) politischer Blätter zu folgender Erklärung gedrungen:

„Die politischen Ereignisse der jüngsten Zeit haben im deutschen Volke Empfindungen ernster Sorge hervorgerufen. Großadmiral v. Tirpitz gilt unserm Volke nicht nur als der Mann, dessen Tat- und Schöpferkraft das Wort unsers Kaisers: „Bitter not tut uns eine starke Flotte" — zu glänzender Durchführung brachte, sondern zugleich auch als der deutsche Staatsmann, der den englischen Vernichtungswillen gegen den friedlichen deutschen Wettbewerber am frühesten und am klarsten erkannte, und der entschlossen war, diesem Willen mit aller Kraft und rücksichtsloser Anwendung aller uns zur Verfügung stehenden Mittel zu begegnen. Die überwältigende Mehrheit unsers Volkes weiß sich darin eins mit dem Schöpfer und Organisator unsrer Marine. Unbeschadet seines unerschütterten und unerschütterlichen Vertrauens zur Obersten Heeresleitung ist das Empfinden und die Sorge in ihm weit verbreitet, daß der Rücktritt des Großadmirals mit seiner Haltung in dieser Frage in Zusammenhang stehe; Aeußerungen von Blättern, deren Verbindung mit Regierungsstellen bekannt ist, haben diese Auffassung bestätigt.

Nach unsrer Ueberzeugung ist es ein dringendes Gebot der Stunde, daß dieser Sorge der Boden völlig entzogen werde. Die dem Reichstag vorliegenden Anträge bieten dazu eine geeignete Handhabe. Deshalb begrüßen wir diese Anträge und weisen zugleich die an ihnen von amtlich beeinflußten Organen vorzeitig geübte Kritik als sachlich wie verfassungsmäßig unbegründet zurück. Wir entsprechen dem innersten Empfinden und den heißesten Wünschen weitester Volkskreise, wenn wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Reichsleitung diesen Anträgen im Reichstag eine Würdigung zuteil werden lasse, die ihrem vaterländischen Geiste entspricht und ihren vaterländischen Zielen Erfüllung verheißt.

Das offen auszusprechen, halten wir in diesen ernsten Tagen für eine Pflicht gegen unser Volk und Vaterland, deren Erfüllung unser nationales Gewissen gebieterisch von uns fordert."

Was zu diesem Vorstoß und zu den oben besprochenen konservativ-nationalliberalen Anträgen zu sagen ist, läßt sich jetzt leider nicht mit der notwendigen Deutlichkeit offen aussprechen. Aber so viel dürfen wir doch wohl andeuten, daß „das innerste Empfinden und die heißesten Wünsche weitester Volkskreise" nach unsrer Kenntnis der Dinge gegenwärtig mehr auf ganz andre, greifbarere, und für den Lebensunterhalt bitter notwendige Dinge gerichtet sind, als auf jene Differenzen, die in den „höheren Regionen" bestehen. —

Ein Nachwort.

Man schreibt uns aus Berlin: Die Beratung des Staatsvoranschlags für **Kultus und Unterricht** im Preußischen Abgeordnetenhaus war diesmal von einer Reihe von Skandalszenen begleitet, die die Aufmerksamkeit völlig von der Debatte selbst ablenkten. Das ist sehr zu bedauern, denn die Angelegenheiten der geistigen Kultur des deutschen Volkes sind nun einmal den Einzelstaaten zur Besorgung überlassen und je mehr der Reichstag von den wirtschaftlichen Fragen in Anspruch genommen wird, auf deren ungeheure Größe und Schwierigkeit Herr Helfferich eben hingewiesen hat, um so bedeutungsvoller werden auch die dem geistigen Leben gewidmeten Verhandlungen des Landtags und im besondern natürlich des Preußischen Abgeordnetenhauses.

Der Gang der Auseinandersetzung hat es mit sich gebracht, daß die Polemik weit mehr gegen die Persönlichkeiten und das Auftreten der sozialdemokratischen Redner gerichtet waren als gegen die von der Sozialdemokratie gestellten Anträge. Soweit die Sprecher der andern Parteien und die Regierung zu den Anträgen Stellung nahmen, geschah es — mit der alleinigen Ausnahme des Fortschrittlers Traub beim Einheitsschulantrag — durchaus in äußerst gedrängter und der Sache selbst nicht gerecht werdender Form.

Was zunächst die Forderung der

Vereinheitlichung des Schulwesens

anlangt, so spricht dafür zweifellos sehr viel. Das heutige Schulsystem hat unleugbar den schweren Mangel, daß es die Eltern, die überhaupt daran denken können, ihren Kindern den Weg zu höherer Schulbildung zu erschließen, verleitet, das Kind schon zu einer Zeit, zu der sich die besondere Veranlagung für einen bestimmten Beruf oder eine bestimmte Geistesrichtung noch gar nicht erkennen läßt, auf einen zu bestimmten Zielen führenden Weg zu leiten. Das ist ein Grundfehler. Es kann allein richtig sein, die Wahl des Studiengangs auf einen Zeitpunkt zu verlegen, wo sich die Eignung für formal geistiges oder für praktisch technisches Weiterstudium erkennen läßt und bis dahin eine für beide Richtungen und auch für den spätern Künstler oder Kunstgewerbler gleichmäßig nötige gemeinsame Vorbildung zu geben, die aber auch dem Unbemittelten oder zu höherem Studium nicht Befähigten zuteil wird.

Wir sind nicht der Meinung, daß der Staat und die herrschenden Gewalten eine Schulreform nach der Richtung nicht wollten, die auch mittellosen Befähigten das höhere Studium ermöglicht. Es handelt sich da nicht um Wohlwollen oder dergleichen, sondern um das größte Interesse der Gesellschaft. Gerade nach den furchtbaren Menschenverlusten dieses Krieges wird man gezwungen sein, für die gelehrten Berufe und die wissenschaftlichen Voraussetzungen der industriellen Entwicklung

alles aus dem Volke herauszuholen,

was an Fähigkeiten dazu in ihm steckt. Gewiß erschwert die Klassenscheidung in der heutigen Gesellschaft ungemein die Sicherung, daß kein fähiger Geist seinem höheren Zwecke verlorengehe — aber diese Notwendigkeit wird dazu zwingen, den Weg zu suchen. Darum braucht uns nicht bange zu sein. Es will uns auch scheinen, daß der ungeheure Bedarf an geistigen Kräften aller Art, der durch die erschwerte kapitalistische Konkurrenz der Großstaaten nach dem Kriege hervorgerufen werden wird, auch diejenigen Widerstände und Hemmungen überwinden wird, die von kurzsichtigen Leuten aus politischen Gründen etwa dieser Entwicklung entgegengesetzt werden könnten. Man wird zuviel Leute brauchen, um ihre Verwendung in Verwaltung, Industrieleitung, öffentlichen Funktionen auch weiterhin von der politischen Gesinnung des Anzustellenden abhängig machen zu können. Selbstverständlich können zur Erfüllung dieser Notwendigkeiten die kleinen Mitteichen der Stipendien, des Ausbaues der Rektoratsschulen usw. nicht genügen. Die Gesellschaft wird erkennen, daß sie eine Erziehungsreform braucht, die ihr kein Talent verlorengehen läßt. Der Antrag für die Einheitsschule lag in dieser Richtung, und heute abgelehnt, wird er morgen als Selbstverständlichkeit auferstehen.

Die weiteren Anträge der Sozialdemokratie bezogen sich auf das Verhältnis von Staat und Kirche. Es ist tief bedauerlich, wenn auch sehr begreiflich, daß der Minister diese Anträge einfach glaubte damit abtun zu können, daß er von den althergebrachten historischen und staatsrechtlichen Zuständen sprach, die die Verpflichtungen des Staates gegenüber der Kirche begründeten. Was sollen solche Gründe in einer Zeit sagen, die so rücksichtslos mit historisch Gewordenem aufräumt. Wir leben in einer Zeit, die Staat, Reich und Gemeinden zu einer gewaltigen Vermehrung ihrer Einnahmen und damit zu der stärksten Erhöhung ihrer steuerlichen Ansprüche an die Bürger zwingt. Und da sollte und müßte das unermeßliche Gut der

Kirche in alle Ewigkeit steuerfrei

bleiben — der Kirche, die überdies vom Staate so erhebliche Zuwendungen für ihre Bedürfnisse erhält?

Die Steuerfreiheit der Kirchengüter geht auf Zeiten zurück, in der der Staat ihr allein das Lehren und die geistigen Aemter überlassen mußte, auf Zeiten, in denen die Kirche das wichtigste Hilfswerkzeug der staatlichen Gewalt w... und dafür entschädigt werden mußte. Der Staat von heute kann sich nicht auf die Kirche stützen, mit der ein ganz gewaltiger Teil seiner Bürger keinen innern Zusammenhang mehr hat. Der Staat von heute muß sich mehr und mehr darauf stützen, daß sein Volk ihn will. Damit wird aber die Kirche wieder, was sie ursprünglich sein sollte, „ein Reich nicht von dieser Welt", eine rein seelische Gemeinschaft von religiös gleichgerichteten Menschen, eine private Vereinigung zur Pflege gemeinsamer geistiger Interessen. Hält diese Gemeinschaft Beamte für nötig, dann ist es ihre Sache, die Kosten dafür aufzubringen und nötigenfalls die Kirchensteuern so zu erhöhen, daß man nicht auch noch allgemeine Steuergelder in Anspruch zu nehmen braucht. Gemeinschaften von der Größe und dem Reichtum der katholischen oder evangelischen Kirche bedürfen keiner staatlichen Zuschüsse. Das staatliche Interesse wäre vollständig gewahrt durch eine Aufsichtsbefugnis, wie sie der Staat ja allen privaten Vereinigungen gegenüber in Anspruch nimmt.

Also auch diese sozialdemokratischen Anträge entsprechen durchaus unserm heutigen Geistesleben und der Meinung sehr weiter Volkskreise. Man irrt sehr, wenn man glaubt, sie durch parlamentarische Ablehnung erledigen zu können.

Ebenso verhält es sich mit dem Antrag auf Beseitigung der Steuerfreiheit der Geistlichen und Lehrer, der nur eine logische Folgerung aus der staatsbürgerlichen Gleichheit ist, die der allgemeinen Wehrpflicht unbedingt entsprechen muß. Der Minister sagte, daß die Bezüge der Geistlichen und Lehrer die Steuerfreiheit berücksichtigten, also mit ihrer Aufhebung erhöht werden müßten. Darüber läßt sich reden, zumal dann auch alle andern auf Lohn und Gehalt Angewiesenen ein staatlich anerkanntes Recht haben würden, einen Lohnausgleich für Steuererhöhungen zu verlangen.

Die Anträge, die von der Sozialdemokratie im Preußischen Abgeordnetenhaus zum Kultusetat gestellt wurden, entsprechen durchaus Forderungen, die seinerzeit der Liberalismus verfochten hat — was er jetzt nicht mehr tut — und die durch die Zeit nur noch reifer geworden sind. Die Anträge werden wiederkommen, und man wird sie in einer ruhigeren Zeit und in sachlicherer Behandlung ganz anders würdigen müssen, als es diesmal geschehen ist. —

Was der Krieg bringt.

Der Wiener Bericht.

Von dem österreichisch-ungarischen Generalstab wird am Dienstag folgender Bericht herausgegeben:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Gefechtstätigkeit war stellenweise erhöht, namentlich bei der Armee Pflanzer-Baltin.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Feindliche Angriffe auf die von uns gewonnenen Stellungen am Rombon und am Mrzli Vrh wurden abgewiesen. Am Rombon brachte eine neuerliche Unternehmung 81 gefangene Italiener ein.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsre Flieger erschienen heute nacht über Valona, bewarfen den Hafen sowie das Truppenlager erfolgreich mit Bomben und kehrten trotz heftiger Beschießung unversehrt zurück. Die Lage in Montenegro und Albanien ist unverändert ruhig.

In der italienischen Presse wird der Vermutung Ausdruck gegeben, daß sich eine österreichische Offensive am Isonzo vorbereite. —

* * *

Der Luftkampf auf Zeebrügge.

Ueber das Luftbombardement auf Zeebrügge gibt Reuter folgende Meldung heraus: Die englische Admiralität macht bekannt: Am Montag morgen griffen fünfzig britische, französische und belgische Flugzeuge, begleitet von fünfzehn Kampfflugzeugen, die deutsche Wasserflugstation Zeebrügge und den Flugplatz Houltade an. Es scheint beträchtlicher Schaden angerichtet worden zu sein. Jedes Flugzeug führte durchschnittlich 200 Pfund Bomben mit sich, alle sind wohlbehalten zurückgekehrt. Ein belgischer Offizier ist ernstlich verwundet. —

* * *

Der Seekrieg.

Ein britisches U-Boot rief am 10. Februar in der Nähe von Flekkerøe auf dem norwegischen Seeterritorium mehrere Schiffe an. Auf eine Beschwerde der norwegischen Regierung sprach das britische Auswärtige Amt sein Bedauern über diesen Vorfall aus und teilte mit, daß die U-Boote Befehl erhalten haben, bei der Durchfahrt durch norwegische Gewässer nur an der Oberfläche mit gehißter Nationalflagge zu fahren.

„Maasbode" berichtet aus London: Ein holländischer Dampfer, dessen Name noch nicht bekannt ist, wurde am Sonntag abend an der Ostküste Englands torpediert und versenkt. 58 Gerettete wurden in England gelandet. —

Im Feuer vor Verdun.

Das Pariser „Journal" hat einen Sonderberichterstatter nach dem Hauptquartier des Generals Pétain entsandt, der seinem Blatte unter dem 6. d. M. von der in und um Verdun angerichteten Verwüstung folgendes Bild entwirft:

„Welches schreckhaft grandiose Schauspiel! Man stelle sich ein ungeheures Panorama vor, das mit kleinen, nicht allzuweit voneinander entfernten Wäldchen besät ist, zwischen denen ein paar impertinente Hügelchen hochstreben. Durchschnitten wird die Landschaft von einer nur schlecht erkennbaren Linie, die sich hauptsächlich durch eine langgezogene dichte Rauchwolke verrät — unsre vordersten Laufgräben, auf die auch jetzt sich die Wut des Feindes entlädt. Deutlich sieht man mit dem Fernglas die Granaten einschlagen. Hinter dieser Linie regnet es schwere Ungetüme, die unsern Forts bestimmt sind, die auch Feuer und Eisen speien. Am Himmel wiegen sich kokette Schrapnellwölkchen, über die Erde, die düster gegen das friedliche Bild in den Lüften absticht, zucken flüchtige Feuerblitze. Man hat das Gefühl, als sei der ganze Raum von Vernichtungsmaschinen jeden Kalibers erfüllt, die heulend aneinander vorüberzischen. Stellenweise fallen die Granaten in Schauern nieder. Auf gewisse Punkte haben sie es geradezu abgesehen, sie durchschneiden die Wälder, sperren die Landstraßen, suchen Batterien zum Schweigen zu bringen, die selbst ich trotz der mir werdenden Ortsbeschreibung nicht mit dem Auge entdecken kann. Von Zeit zu Zeit entstehen Brände, denen aber bei der gewaltigen Ausdehnung des Schlachtfeldes nur wenig Beachtung geschenkt werden kann.

So geht es nun schon seit Tagen. Seit Tagen schon hat sich das furchtbare Bild hier nicht verändert. Ein ewiges Getöse nur, das manchmal den Ton verändert, bald mehr heult, bald mehr brummt und dröhnt, niemals aber aufhört. Man meint, die Erde müsse sich unter den Tritten dieser unheimlich rüttelnden Gewalten öffnen und Grausen gebären. In sein Schicksal ergeben, sieht Verdun auf dieses entsetzliche Schauspiel herab. Noch reckt sich seine Kathedrale, in der schon die Risse klaffen, hochmütig empor. Noch schlägt die Trikolore auf der Feste so wütend die Luft, als wollte sie den Feind herausfordern. Aber immer häufiger krachen die großen feindlichen Mordwerkzeuge über der Stadt. Mehr als zwanzig schwere Granaten sah ich heute auf Verdun fallen, und dennoch lebt die tapfre lothringische Stadt noch immer.

Doch was ist das? Haben die Deutschen unsern Beobachterposten ausfindig gemacht? Ein Schauer von Granaten streicht dicht neben uns vorüber. Aber er kommt aus unsern eignen Reihen. Mehrere Feldbatterien, deren Anwesenheit ich nicht im mindesten vermutet hatte, geben auf feindliche Flieger Feuer, die gerade über unsern Köpfen kreisen und einen wurstförmigen Ballon, das Auge unsers Heeres, zerstören möchten. Von allen Seiten zielt man auf die Eindringlinge, Schrapnellwolken haben sie bald ganz eingehüllt. Wird man sie bekommen?

Bange Minuten verstreichen. Aber die deutschen Flugzeuge haben einen Ausweg gefunden und fliehen in aller Eile.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Verdun und Bar-le-Duc wird nur noch für Militär aufrechterhalten. Zivilisten kann man, wenn die Kanonen brüllen, nicht gebrauchen. Auf der Hinreise war ich mit einem Urlauber ins Gespräch gekommen, einem Unteroffizier, der ganz glücklich war, daß er nach langen Monaten endlich seine Frau und Kinder wiedersehen sollte. — Wo wohnen Sie denn? — In Samogneux. — In Samogneux? Aber Sie Unglücklicher, da sind ja die Boches. — Der Mann war wie versteinert. — Solch ein Pech, murmelte er, solch ein Pech zu haben. . . .

Ich habe den Herren des Stabes eine Frage vorgelegt: Dürfen wir über das Schicksal Verduns beruhigt sein? . . . Sie haben mir allesamt geantwortet: Das kann Ihnen im Augenblick niemand sagen, denn unsre Gegner spielen ihren Trumpf aus. . . ." —

* * *

Kampf mit einem Panzerzug.

Ein Genosse schreibt der Wiener „Arbeiter-Zeitung" vom russischen Kriegsschauplatz:

Am 9. November kamen wir an der Bahnlinie nach . . . . in eine vorgeschobene Stellung. In der Nacht vom 11. auf den 12. bemerkten wir, daß vor uns etwas nicht in Ordnung war. Erhöhte Aufmerksamkeit. Gegen 4 Uhr früh hörten wir, daß da ein Zug fahren muß, und es kam auch schon ein Waggon, mit Eisenbahnschienen beladen, ganz allein hergesaust. Der Waggon fiel, da unsre Stellung durch den Bahndamm führte, über unsre Stellung. Dabei fanden drei Mann den Tod. Auf einmal kam ein Zug in toller Geschwindigkeit daher. Im Nu setzte auch unsre Artillerie ein. Sie hatte Glück. Die erste Granate saß mitten am Gleise, der Zug stand schon, und die zweite traf die Lokomotive. Es war ein russischer Panzerzug. Wäre uns der über die Stellung in den Rücken gekommen, wir wären alle weg gewesen. Denn er hatte 14 Maschinengewehre, eine japanische und eine französische Schnellfeuerkanone.

Die Panzerlokomotive stellte sich, nachdem sie getroffen war, senkrecht auf. Als der Zug nun stand, setzten wir mit unsern Maschinengewehren ein und beschossen ihn, bis es ganz licht war. Ein Teil der Russen versuchte aus dem Zuge zu entkommen. Alle 25 Mann, die da herauswollten, blieben tot am Platze. Auch am Tage konnten wir noch nicht zum Zuge heran und mußten bis 11 Uhr vormittags alles unter Feuer halten. Um 11 Uhr zeigte der Kommandant des Zuges die weiße Fahne, und wir beschossen nur noch den Raum hinter dem Zuge. Die Russen verließen den Zug und kamen mit erhobenen Händen in unsre Stellung. Nun setzte aber die russische Artillerie ein, und es gab natürlich Tote und Verwundete. In der Nacht erst wurde der Zug ausgeräumt.

Die Stellung, die wir hatten, war die unheimlichste, die ich je gesehen. Sie führte nämlich mitten durch den Ortsfriedhof, und so mancher Tote wurde da delogiert, weil ein Gesser den Platz zu seiner Sicherung brauchte. Einigemal griffen uns die Russen noch an, aber immer vergeblich. Wir wurden dann von einer ungarischen Division abgelöst und glaubten, es gehe nach Italien. Wir legten im Eilmarsch 100 Kilometer in 3 Tagen zurück und kamen zu den Ausläufern der . . . Sümpfe. Vereint mit einer deutschen Division gingen wir

los. Was das für Leidenswege in so einer Sumpfgegend sind, davon kann man sich keine Vorstellung machen. Die erste Gewehrsalve trieb den Feind zurück. Aber nur scheinbar. Zwei Kilometer lief er zurück, aber dann saß er fest, und zwar auf einem Hügel, und wir lagen im Wasser. Wir griffen dort viermal an, aber ohne Erfolg.

Als wir einen Tag mit dem Angriff aussetzten, glaubten die Russen, mit unsrer Kraft sei es zu Ende und setzten mit einem wahnsinnigen Trommelfeuer ein. Hier wirkte es verheerend. Eingraben konnte man sich nicht, denn wir standen ja im Wasser. Eine Schrapnellage kam nach der andern. Wir hatten viele Verluste. Drei Stunden dauerte das, dann ging die russische Infanterie in sieben Schwarmlinien zum Angriff vor. Die vorderen Reihen hatten keine Gewehre und waren nur mit Handgranaten bewaffnet. Das war unser Glück. Wir wehrten uns mit den letzten Kräften. Noch einen Stoß hätten wir wohl nicht ausgehalten, denn wir hatten schon drei Tage nicht geschlafen. Dann aber sah man erst, was hier geschehen war. Unser Frontstück war ungefähr so lang wie die Apostelgasse. Da zählte man 900 tote Russen. Dazu noch unsre Verluste. Also Menschen genug, die da ums Leben kamen. Wo man hinblickte, lag eine Schrapnellhülse. Es sollen 7000 Stück gewesen sein, die von uns und den Russen verschossen wurden. Den Hügel haben wir am 14. Dezember erstürmt und sitzen heute noch dort. Alle paar Tage erneuert sich das Artilleriefeuer. Aber wir sind jetzt fest eingegraben und lassen uns es nicht schlecht gehen.

* * *

Stadt und Land.

In der nächsten Nr. 25 der „Sozialen Praxis" wird von Professor Paul Eltzbacher, zurzeit Rektor der Handelshochschule Berlin, ein Aufsatz erscheinen, in dem auf eine bisher noch fast gar nicht beachtete ungerechte Bevorzugung der ländlichen Bevölkerung gegenüber den Städtern hinsichtlich der Versorgung mit Nahrungsmitteln hingewiesen wird. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen gibt uns die Möglichkeit, schon jetzt einige wichtige Stellen des sehr beachtenswerten Artikels wiederzugeben.

Der Verfasser geht von der Tatsache aus, daß nach dem letzten Jahresbericht der Landesversicherungsanstalt für Brandenburg die große Mehrheit der Invalidenrentenbewilligungen durch Entkräftung und Blutarmut der Rentenempfänger notwendig geworden sind. Er sagt hierzu: „Wenn jetzt in vielen Fällen Unterernährung mit ihren schädlichen Folgen eintritt, so beruht dies nicht auf einem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern auf deren ungleichmäßiger Verteilung zwischen Stadt und Land." Das an sich richtige Bestreben, den wohlhabenderen Städtern zugunsten der Minderbemittelten durch Rationierungskarten den übermäßigen Verbrauch unmöglich zu machen, hat wirtschaftlich keine große Bedeutung. „Die Zahl der Wohlhabenden ist im Verhältnis zu gering, als daß sie selbst bei überreichlicher Ernährung den großen Massen viel entziehen könnten. 1914 hatte Preußen 41 Millionen Einwohner, unter ihnen machten diejenigen, die ein Einkommen von 3000 Mark oder mehr versteuerten, mit ihren Familien nur 3 Millionen aus. Sind in einer Großstadt mit 300 000 Einwohnern reichlich Nahrungsmittel vorhanden, so schadet es nichts, wenn 10 000 Wohlhabende schwelgen; fehlt es einer solchen Großstadt an Nahrungsmitteln, so hilft es wenig, wenn diese 10 000 sich gleich den übrigen einschränken. Ungleich wichtiger als eine richtige Verteilung der Nahrungsmittel zwischen reich und arm ist ihre richtige Verteilung zwischen Stadt und Land. Nach der Zählung von 1910 wohnten von den 65 Millionen Menschen, die damals das Deutsche Reich hatte, 33 Millionen in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern, 32 Millionen in größeren Gemeinden. Wenn in einer Stadt von 300 000 Einwohnern 10 000 Wohlhabende zuviel essen, ist dies für die 290 000 Unbemittelten ziemlich bedeutungslos. Wenn dagegen 33 Millionen Menschen mehr als nötig essen, so muß bei den 32 Millionen in den größeren Städten notwendig Mangel die Folge sein."

Bei der Untersuchung der Frage, ob denn wirklich diese Ungleichmäßigkeit der Nahrungsmittelverteilung besteht, kommt Professor Eltzbacher zu der Feststellung, daß der Landwirt zunächst einmal seinen eignen Bedarf sicherstellt. Als unangenehme Seite der Höchstpreise bezeichnet er, daß der Bauer in diesem Bestreben sogar bestärkt wird. Zum andern hat die Landbevölkerung aber auch mehr als sonst Mittel zum guten Leben." Aus den Berichten ländlicher Kreditgenossenschaften geht hervor, daß ihnen während des Krieges viel größere Summen zufließen als in der vorausgegangenen Friedenszeit. Hat der Landwirt aber reichlich Geld, so fällt für ihn ein Antrieb fort, seine Erzeugnisse zu verkaufen, und er wird infolgedessen besser leben. Hierher gehört ganz besonders der reichliche Genuß von Schweinefleisch." Das ergibt sich aus folgender Ueberlegung: Die Verminderung des Schweinebestandes betrug nur etwa 20 vom Hundert. Die Zufuhr von Schweinen und Schweinefleischwaren nach den größeren Städten hat sich viel mehr vermindert. Weniger die Gewichtsverringerung oder die Bedürfnisse des Heeres als vielmehr der stärkere Fleischverzehr der Landbevölkerung sind die Ursache. Schließlich werden die Städter noch durch Mästung der Schweine zum größten Teil mit Stoffen, die zur menschlichen Ernährung geeignet sind, und von dem die Hälfte im Schweine verlorengeht, benachteiligt.

„Es muß einmal darauf hingewiesen werden, daß die gegenwärtige Notlage in den Städten nicht darauf beruht, daß es dem deutschen Volk an Nahrungsmitteln gebricht, sondern darauf, daß diese nicht richtig zwischen Stadt und Land verteilt sind. Es muß alles Erdenkliche geschehen, um diesen Uebelstand, der durch die bisherigen Maßnahmen nicht verhindert, sondern gesteigert worden ist, schnell und mit Entschiedenheit zu bekämpfen." —

Frachtraumnot.

Es ist allbekannt, daß die Seebeherrschung Englands zwar in Mitteleuropa die Kriegsteurung noch sehr erheblich steigert, aber nicht im mindesten dazu beiträgt, England von der Teurung zu verschonen. Im Gegenteil, der Getreidepreis in England ist höher als der in Deutschland, und auch alle Nahrungsmittel und Waren sind drüben sehr stark im Preise gestiegen. Die Ursache liegt in der gewaltigen Verteurung der Schiffsfracht, die wieder die Folge des weit geringeren Angebots an Frachtraum und des durch den U-Boot-Krieg erhöhten Geschäftsrisikos der Reeder ist.

Ueber die Frachtraumnot macht ein Artikel Julius Luebecks in der Zeitschrift „März" nähere Mitteilungen. Die große deutsche Handelsschiffahrt, die zu einem sehr wesentlichen Teile dem Güterverkehr zwischen andern Ländern diente, ist ausgeschaltet, die russische hat infolge der Beherrschung der Ostsee und der Dardanellen durch die Zentralmächte aufgehört, die Schiffahrt über die russischen Eismeerhäfen kommt nicht sehr in Betracht, selbst in den wenigen Monaten der Eisfreiheit, und eine Menge englischer Kauffahrteischiffe stehen heute im Dienste der britischen Kriegsmarine, was noch verschärft wird durch den enormen Bedarf an Schiffsraum für Englands Truppensendungen nach den Mittelmeerländern von Gibraltar bis Saloniki, den Dardanellen, Syrien und Aegypten, wie für seinen Truppenbezug aus Indien und Afrika, seine Kriegsmaterialientransporte aus Nordamerika und Japan, und seine Nachschübe an die Anglotruppen an so zahlreichen Stellen der Erde. Dazu kommen die Ueberführungen der Hafen- und Lagereinrichtungen aus den gleichen Gründen.

Der englische Kauffahrteischiffbau ist überdies seit Kriegsausbruch ganz kolossal zurückgegangen, z. B. auf den Werften am Clyde von 460 000 Tonnen im Jahre 1914 auf 215 000 Tonnen im Jahre 1915. Und bis zum Dezember 1915 hatte England durch U-Boote, Minen usw. 648 Schiffe mit 1 322 976 Tonnen verloren, gleich 6,7 Prozent. Seither ist durch den Seekrieg eine starke weitere Verminderung eingetreten. Während im letzten Vierteljahr 1913 in Großbritannien insgesamt 12,6 Millionen Tonnen ankamen, waren es im gleichen Zeitraum des Jahres 1915 nur noch 8,4 Millionen Tonnen — es müssen jetzt 67 Schiffe dieselbe Arbeit leisten wie früher 100 und von diesen 67 gehören auch nur 46 Großbritannien. Die Steigerung der Frachtsätze seit Kriegsausbruch bis Ende 1915 bewegte sich zwischen 413½ Prozent (australischer Weizen) und 987 Prozent (argentinisches Getreide) — wodurch der amerikanische Weizen allein fast um den Betrag des Friedenspreises verteuert ist; und dabei kann nicht genug herangeschafft werden. Natürlich wird die Ausfuhr der englischen Industrie in ähnlicher Weise verteuert, was wieder der Konkurrenz Amerikas und Japans Erfolge verschafft.

Wie sehr die auf England angewiesenen Ententegenossen unter der Frachtraumnot leiden — z. B. Italien unter der Kohlennot —, ist allbekannt; dieser Umstand kann auch politisch nicht ganz wirkungslos bleiben, wenn wir auch nicht annehmen wollen, daß deswegen das Bündnis mit England aufgegeben würde.

Vorteil ziehen aus der englischen Frachtraumnot, die auch durch die Wegnahme der deutschen Schiffe in Portugal nicht beseitigt werden kann, die Reeder der neutralen Länder.

Zweifellos trifft der von England propagierte Handelskrieg Großbritannien und seine Verbündeten nicht weniger schwer als uns. Vielleicht trägt das dazu bei, auch die Kriegshetzer überm Kanal erkennen zu lassen, daß die Staaten von heute auf das weltwirtschaftliche Zusammenarbeiten angewiesen sind. —

* * *

Notizen.

Wucher allerwärts. Der erst vor kurzem gegründete Brandenburg-Berliner Viehhandelsverband flüchtet bereits in die Oeffentlichkeit, um dem Wucher und der Gesetzesübertretung entgegenzutreten. Er teilt in den rechtsstehenden Blättern — der „Post", der „Täglichen Rundschau" usw. — mit, daß „täglich Anzeigen aus der Provinz Brandenburg einlaufen, wonach Händler wie auch Fleischer die festgesetzten Höchstpreise für Rinder und Schweine überschreiten oder in irgendeiner Form (Stallgelder, Fuhrlöhne usw.) den Viehverkäufern Zuwendungen zukommen lassen, die eine Ueberschreitung der Höchstpreise enthalten. Außerdem sind einige Landwirte und andre Personen angezeigt worden, die sich mit Vieheinkäufen für Händler und Fleischer abgeben". Gegen alle angezeigten Personen sei das Strafverfahren eingeleitet worden; ihnen stehen Gefängnisstrafen bis zu 1 Jahr oder Geldstrafen bis zu 10 000 Mark in Aussicht, außerdem Bekanntgabe des Urteils und Entziehung der Konzession. Am Schlusse der Bekanntmachung ersucht der Verband dringend darum, jede Uebertretung an die Geschäftsstelle des Viehhandelsverbandes (Berlin W 62, Schillstraße 10) sofort zu melden. Die Hauptsache ist, daß gegen die Gesetzesverächter auch wirklich scharf vorgegangen wird! —

*

Fortschrittler und U-Boot-Krieg. Wie die „Freisinnige Zeitung" meldet, hat die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstag in ihrer Sitzung vom Dienstag abend beschlossen, in der U-Boot-Frage keine Anträge einzubringen. —

*

Eine Vierverbandsnote an Rumänien. Nach einer Meldung der „Balkanska Posta" aus Bukarest bildet in den der Regierung nahestehenden Kreisen eine von den Vierverbandsmächten an Rumänien gerichtete neue Kollektivnote den Gegenstand eingehender Besprechungen. Danach haben die Bukarester Gesandten der Verbandsmächte dem Ministerpräsidenten Bratianu vor drei Tagen eine Note überreicht, in der sie die Abrüstung des rumänischen Heeres fordern. Bratianu nahm die Note entgegen, ohne bis jetzt eine Antwort erteilt zu haben. —

*

Rußlands Vordringen in Persien. Wie die Petersburger Telegraphenagentur meldet, haben die Russen am 19. März Ispahan eingenommen. Die persische Stadt Ispahan, die ehemalige Hauptstadt Irans, liegt fast 200 Kilometer südöstlich von dem schon mehrfach erwähnten Hamadan. Die Stadt ist mit 80 000 Einwohnern als zweitgrößte Stadt Persiens eine hervorragende Handelsstadt. —

Russischer Massenangriff.

Sturm auf der ganzen Ostfront.

W. T. B. Amtlich. Großes Hauptquartier, 22. März 1916

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei der dem Angriff vom 20. März nordöstlich von Avocourt folgenden Aufräumung des Kampffeldes und der Wegnahme weiterer feindlicher Gräben außerhalb des Waldgeländes ist die Zahl der dort eingebrachten unverwundeten Gefangenen auf 58 Offiziere, 2914 Mann gestiegen. Die Artilleriekämpfe beiderseits der Maas dauerten bei nur vorübergehender Abschwächung mit Heftigkeit fort.

Bei Obersept haben die Franzosen nochmals versucht, die Schlappe vom 13. Februar wieder auszugleichen. Mit beträchtlichen blutigen Verlusten wurde der Angreifer zurückgeschickt.

Drei feindliche Flugzeuge wurden nördlich von Verdun im Luftkampf außer Gefecht gesetzt, zwei von ihnen kamen nordöstlich von Samogneux hinter unsrer Front, das dritte brennend jenseits der feindlichen Linie zum Absturz. Leutnant Völke hat damit sein dreizehntes, Leutnant Parschau sein viertes feindliches Flugzeug abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die großen Angriffsunternehmungen der Russen haben an Ausdehnung noch zugenommen, die Angriffspunkte sind zahlreicher geworden. Die Vorstöße selbst folgten sich an verschiedenen Stellen ununterbrochen Tag und Nacht. Der stärkste Ansturm galt wieder der Front nordwestlich von Postawy. Hier erreichten die feindlichen Verluste eine selbst für den russischen Masseneinsatz ganz außerordentliche Höhe.

Bei einem erfolgreichen Gegenstoß an einer kleinen Einbruchsstelle wurden 11 russische Offiziere und 573 Mann gefangengenommen. Aber auch bei den vielen andern Kämpfen — südlich und südöstlich von Riga, bei Friedrichstadt, westlich und südwestlich von Jakobstadt, südlich von Dünaburg, nördlich von Widsy, zwischen Narocz- und Wisznieu-See — wiesen unsre tapfern Truppen den Feind unter den größten Verlusten für ihn glatt zurück und nahmen ihm bei Gegenangriffen noch über 600 Gefangene ab.

An keiner Stelle gelang es den Russen, irgendwelche Erfolge zu erringen. Die eignen Verluste sind durchweg gering.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

*

Der französische Tagesbericht.

W. T. B. Paris, 22. März. Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. In Belgien sind feindliche Erkundungsabteilungen, die in unsre Linien nördlich der Brücke von Boesinghe eingedrungen waren, durch Gegenangriff sogleich wieder vertrieben worden. In den Argonnen war die Artillerie an den Südrändern des Waldes von Cheppy in Tätigkeit.

Westlich der Maas erneuerten die Deutschen im Laufe der Nacht verschiedene Male ihre Angriffsversuche gegen die Front Avocourt—Malancourt, wo die Beschießung mit Geschossen schweren Kalibers ununterbrochen andauert. Die Angriffe wurden unterstützt durch das Schleudern brennender Flüssigkeiten, die von Soldatenabteilungen, welche Spezialapparate trugen, geworfen wurden. Trotz der durch unser Feuer erlittenen schweren Verluste konnte der Feind nach einem Kampfe Mann gegen Mann sich des südöstlichen Teiles des von uns besetzten Waldes von Malancourt bemächtigen, der den Namen Wald von Avocourt trägt. Alle Anstrengungen der Feinde, aus dem Walde hervorzubrechen, mißglückten.

An den andern Abschnitten des Kampfgebiets von Verdun war die Nacht ruhig.

Amtlicher Bericht von gestern abend: In den Argonnen Handgranatenkampf bei Haute-Chevauchée. Unsre Artillerie richtete ein vernichtendes Feuer auf deutsche Werke an der Straße Vienne-le-Château nach Binarville.

Auf dem linken Maasufer ging in der Gegend von Malancourt die Beschießung des Dorfes Esnes sowie der Höhe 304 weiter. Unsre Artillerie antwortete mit der größten Energie. Der Feind unternahm im Laufe des Tages keinen weiteren Versuch. Zeitweise ununterbrochenes Bombardement an einigen Frontstellen östlich der Maas und in der Woevre.

In Lothringen feuerte unsre Artillerie auf deutsche Werke nördlich und östlich von Embermenil. Im Oberelsaß nahm unsre Artillerie feindliche Truppen unter Feuer, die aus Niederlarg südöstlich von Sept hervorbrachen. Am Tage schoß einer unsrer Flieger ein deutsches Flugzeug ab, das brennend in der Gegend von Donaumont abstürzte. In der Nacht zum 21. März beschossen unsre Flieger die Bahnhöfe Dun an der Maas und Augny-le-Roman sowie Biwaks in der Gegend von Vigneulles.

* * *

Depeschen.

Die gefährdete Schiffahrt.

W. T. B. Haag, 22. März. Am Dienstag nachmittag wurde im Ministerium des Innern eine Besprechung abgehalten, an der der Minister des Aeußern, der Marine und des Ackerbaues sowie Vertreter des niederländischen Seemannsbundes Bolharding teilgenommen haben. Die Seeleute haben die Regierung ersucht, Maßnahmen zu treffen, um die Kanalschiffahrt zu sichern. Ueber die Maßnahmen, die zur Besprechung gestanden haben, soll vorläufig nichts bekanntgegeben werden. Es verlautet aber, daß die Regierung die Wünsche des Seemannsbundes gutheißt. Der Minister des Innern erklärte, daß die Regierung sich eingehend mit der Frage beschäftige und bereits verschiedene Maßnahmen erwogen habe, die die Kanalfahrt weniger gefährlich gestalten dürften. Demnächst sollten hierüber Mitteilungen gemacht werden. Der Marineminister drückte die Ansicht aus, daß es vielleicht im Augenblick ratsam wäre, die Fahrt um Schottland aufzunehmen. Im Laufe des Abends fand in Rotterdam eine stark besuchte Seemannsversammlung statt, in der das Ergebnis der Besprechung bekanntgegeben wurde. —

Ausverkauf

Wegen Aufgabe unsers Detailgeschäfts
verkaufen wir
um die noch vorhandenen Vorräte zu räumen

Schokolade, Konfitüren, Bonbons
zu sehr vorteilhaften Preisen.

Tee
in allen Preislagen
mit 20 Prozent Rabatt

Feldpost-Sachen
mit 20 Prozent Rabatt

Bonbomieren
mit 20 Prozent Rabatt

Günstige Einkaufsgelegenheit!

Verkaufstage: 23. und 24. März

Schreiber & Co.
Hoflieferanten 3836
167 Breiteweg 167.

Zähne 2 Mark an

3613 — Auf Wunsch Teilzahlung. —
Absolut schonendste Behandlung. Plomben von 1 Mk. an.
Alex Friedländers Zahn-Atelier, Breiteweg 103, v. l.,
vis-à-vis dem Zentral-Theater, Ecke Kaiser-Wilhelm-Platz.

A. Karger

Gr. Marktstraße 8, Ecke Jakobstr. 46.

Gardinen, abgepaßt und vom Stück, **Künstler-Gardinen,** weiß, elfenbein und gelb, **Vorhänge** in Tüll, Erbstüll und bunt, **Spannstoffe,** schöne neue Muster, verschiedene Breiten
Rouleaustoffe — Scheibengardinen — Tülldecken
Teppiche in allen Größen und verschiedenen Arten
Läuferstoffe, Linoleum, Bettvorleger
Diwandecken, Tischdecken, Sofadecken
Steppdecken, Bettdecken, Tüllbettdecken
Uebergardinen in Plüsch, Leinen u. Persergeschmack
Sofastoffe, Sofaplüsche in einfarbig und bunt
3830 **Zur Einsegnung!**
Moderne schwarze Kleider- und Kostümstoffe, mod. farbige Kleider- u. Kostümstoffe, Wäsche, Korsetts, Unterröcke
Anzugstoffe u. Cheviots für Knabenanzüge.

Ansichtspostkarten empfiehlt die **Buchhandlung Volksstimme**

Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis des geehrten Publikums, daß mit dem 1. April d. J. der Betrieb auf sämtlichen Linien des Morgens um eine Stunde früher beginnt. 3828

Es fährt des Morgens der erste Wagen:

Ab	Leipziger Straße	5.46 Uhr
„	Sudenburg	5.53 „
„	Westfriedhof	5.58 „
„	Olvenstedter Straße nach Großer Werder	6.01 „
„	Olvenstedter Straße nach Agnetenstraße	6.07 „
„	Neue Neustadt nach Buckau	5.53 „
„	Neue Neustadt nach Sudenburg	5.56 „
„	Alte Neustadt	5.53 „
„	Friedrichstadt	6.04 „
„	Großer Werder	6.07 „
„	Agnetenstraße	6.13 „
„	Buckau	5.49 „
„	Hauptbahnhof (Richtung nach Hasselbachplatz)	5.54 „
„	Hauptbahnhof (Richtung nach Kaiser-Wilhelmplatz)	6.00 „
„	Hasselbachplatz – Hauptbahnhof—Böttcherplatz—Wittenberger Straße	5.18 „
„	Wittenberger Straße—Böttcherplatz—Hauptbahnhof—Hasselbachplatz	6.00 „
„	Rathaus nach Herrenkrug	6.00 „
„	Herrenkrug nach Rathaus	6.30 „

Es fährt des Abends der letzte Wagen:

Ab	Leipziger Straße	11.40 Uhr
„	Sudenburg	11.47 „
„	Westfriedhof	11.28 „
„	Olvenstedter Straße nach Großer Werder	11.25 „
„	Olvenstedter Straße nach Agnetenstraße	11.19 „
„	Neue Neustadt nach Buckau	11.47 „
„	Neue Neustadt nach Sudenburg	11.50 „
„	Alte Neustadt nach Leipziger Straße	11.29 „
„	Alte Neustadt nach Sudenburg	11.41 „
„	Friedrichstadt nach Westfriedhof	11.40 „
„	Friedrichstadt nach Große Diesdorfer Straße	12.03 „
„	Großer Werder nach Olvenstedter Straße	11.55 „
„	Agnetenstraße nach Olvenstedter Straße	11.37 „
„	Agnetenstraße über Breiteweg nach Gr. Diesdorfer Str.	12.06 „
„	Buckau	11.43 „
„	Hauptbahnhof (Richtung nach Hasselbachplatz)	11.30 „
„	Hauptbahnhof (Richtung nach Kaiser-Wilhelmplatz)	11.24 „
„	Hasselbachplatz—Hauptbahnhof Böttcherplatz—Wittenberger Straße	11.30 „
„	Wittenberger Straße—Böttcherplatz—Hauptbahnhof—Hasselbachplatz	11.36 „
„	Rathaus nach Herrenkrug	11.00 „
„	Herrenkrug nach Rathaus	11.30 „

In gleicher Weise werden vom 1. April an die Frühzüge von den Vororten eine Stunde früher abgelassen, dieselben werden fahren:

Ab	Leipziger Straße	5.02 Uhr
„	Sudenburg	5.03 „
„	Westfriedhof	5.05 „
„	Olvenstedter Straße	5.11 „
„	Neue Neustadt	5.05 „
„	Alte Neustadt	5.02 „
„	Friedrichstadt	5.09 „
„	Großer Werder	5.10 „
„	Agnetenstraße	4.58 „
„	Buckau	5.02 „

Diese Frühzüge werden so zeitig in Magdeburg eintreffen, daß von dort aus (Alte Ulrichstraße-Breiteweg) um 5.25 Uhr nach den vorbenannten Vororten je ein Zug zurückfahren wird.

Ferner fahren noch an Sonn- und Werktagen folgende Frühzüge:

Ab	Hasselbachplatz nach Sudenburg	5.18 Uhr
„	Neue Neustadt nach Hauptbahnhof	5.28 „
„	Wittenberger Str. über Hauptbahnhof nach Hasselbachplatz	5.45 „

Magdeburg, den 15. März 1916.

Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft.
Der Vorstand. W. Klitzing.

Partieposten
bieten Gelegenheit vorteilhaft und gut zu kaufen, dabei auch gut erhaltene
wenig getragene Maßgarderobe
— Feine — 3883
Herren-Anzüge u. Paletots
von 7, 9, 12 Mk. an.
Ferner **neue Garderoben** in großer Auswahl.
Für Konfirmanden
schöne moderne Anzüge, gute Stoffe und beste Verarbeitung, schon v. 12 Mk. an.
Sieverlings
Etagengeschäft,
Jakobstr. 17, I.

Jakobstraße 3
J. Sorger
empfiehlt 3609
Anzüge
aus nur guten Stoffen, auch einzelne
Jacketts, Hosen, Westen
stets vorrätig.
Jakobstraße 3

Schulbücher — — und — — **Schulatlanten**
kauft **Bernhard Schulze,**
Wilhelmstraße, Ecke Kaiserstr.

Pfandscheine sämtl. Leihhäuser kauft Max Eckstein, Königshofstr. 5

Neu eingetroffen!
Kinderkleidch. bis Länge 65 **2.50**
Kostümröcke z. Aussuchen **5.00**
Wollblusen zum Aussuchen **3.00**
Kostüme, Knabenanzüge usw. nur
Johannisfahrstr. 7, Laden

Prachtv. Gebett Betten, rot, neu, 28.50 m. 2 herrl. Brautb. m. Jaun. Decke, echt türkischrot, billig z. verk. **Straßburger Str. 3,** 3. p. l. b. a. Zirk.

Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten
Von Dr. Ernst Gebert, Spezialarzt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten, Berlin.
Vierte, verbesserte Auflage.
Ungekürzte Volksausgabe 20 Pf.
empfiehlt
Buchhandlung Volksstimme
Große Münzstraße 3.

Sammelpapier
Alt-Wollstrümpfe, Alt-Blei, Stanniol
kauft für Heereszwecke
3640 **Sortier-Anstalt**
Scharrnstraße 3.

Möbeltransporte
werden noch angenommen. 2889
Gust. Koch, Neustädter Str. 21, I.

Weiße Schmierseife 1788
Pfd. 1 Mk., wieder eingetroffen
Gustav Schubert Halberstädter Straße 107.

Stephanshallen
Direktion **Rich. Froberz**
Täglich abends 8 Uhr:
Die berühmten 3581
Herbert-Burlesken.
Familien-Programm.

Städtisch. Orchester.
Zirkus.
Sonnabend, 25. März,
3588 **abends 8 Uhr**
Grosses
Volkskonzert
Leitung: Kapellmeister
Siegfried Blumann.
Eintrittskarten
Numerierte Logen **65** Pf., Sperrsitz und Tribüne **55** Pf., nur in der Heinrichshofenschen Musikalienhandlung.
Nichtnum. I. u. 2. Platz **20** Pf. in den bekannten Vorverkaufsstellen. An der Abendkasse ohne Preiserhöhung.
Militär in Uniform hat freien Zutritt zu den 1. Rangplätzen

ZENTRAL THEATER
Donnerstag, Freitag
letzte 2 Aufführungen
Die erste Frau
Sonnabend 279
Zum 1. Male
Wald-meister
Operette von
Johann Strauß.

Nur noch bis 26. März.
Zirkus Schumann
Zirkusgebäude — Tel. 690.
Donnerstag, 23. März,
abends 8¼ Uhr M171
An zwei Fronten.
Artur Saxons
Glückssack
Kriegspreise.
Vorverkauf **C. Jacobs.**

Wintergarten THEATER

Gustav Klacks
Familien-Vorstellungen.
Das glänzende Märzprogramm
16 Mitwirkende. 2892

Fürstenhof-Theater
Dir. n. Leit. **Paula Müller-Lipart**
Eing. Prälatenstr.

Heute
große Theater-Vorstellung
Neuer Spielplan
Das Bild der Mutter
Ein Stück aus dem Leben. 2891
Alle Vorzugsk. geltl.

Partieposten
bieten Gelegenheit, **vorteilhaft und gut** zu kaufen.
Damen-Garderoben
Neuheiten in schick. Covercoat
Mäntel und Jacken
ähnl. Stoffe, **14.50** u. höher
Große Auswahl schicker
Kostüme in blau, schwarz und allen modernen Farben
3833 **Etagengeschäft**
Sieverling
Jakobstr. 17, I.

Arbeitsmarkt

Kinderl. Leute als **Hausmann,** evtl. Kriegsinvalid., f. bess. Haus m. Zentralheiz. sof. gesucht. Off. unt. **L 3831** an die Exped. dies. Bl. 3831

Zuverlässigen Kutscher suchen **Max Schubath & Co.,** Konservenfabrik, **Große Diesdorfer Straße 49.** 2890

Schachtmeister
für Ober- u. Weichenbau nach Bahnhof Cöthen sofort gesucht
Blume & König
Fuchsberg 3 b.

Erd- und Bauarbeiter
werden [illegible]
Blume & König
Fuchsberg 3 b. 3804

Rohrleger und Arbeiter
gesucht **Alt-Fermersleben,** Nähe des Ottersleber Weges. **F. Denecke, Baugeschäft.**

Junge für. Burich., die Lust haben, das Steinsetzerhandwerk zu erl., ges. **Blath & Bense,** Straß.- u. Tiefbaugesch., Magdeb., Bionierstr. 2.

Buchbinder-Lehrling 2888 sucht **J. Sterr,** Bismarckstr. 32.

Wir suchen **einen tüchtigen** 3832

Drehermeister oder Dreherei-Vorarbeiter.

Derselbe muß mit dem Arbeiterpersonal in richtiger Weise verkehren können und befähigt sein, Akkorde abzuschließen und die Löhnung für die Dreherei zu bearbeiten.

Nur schriftliche Offerten unter Einsendung von Zeugnisabschriften sowie Angabe der Gehaltsansprüche und des frühesten Eintrittstermins von solchen Leuten, die vorstehenden Ansprüchen vollständig genügen können, erbeten an

Sudenburger Maschinenfabrik und Eisengießerei
Aktiengesellschaft, Magdeburg-Sudenburg.

Schuhmach.-Singer-Masch. z. k. ges., verk. Orig.-Nova-Schneider, s. n. bill. **Grude,** Schmidtstr. 18, 2 Tr.

Kinderwagen gut erhalten, billig z. verkauf. 3835 **Müller, Neue Straße 13.**

Wegen Uebernahme e. Grundstücks will ich mein **Grünwarengeschäft** mit Rolle sofort billig verkauf. **Knochenhauerufer 50.**

Junges Mädchen sucht sofort **möbliertes Zimmer** in **Buckau.** Offerten erbeten unter **F M 18995** an die Expedition dieses Blattes.

Partieposten
neu eingetroffener eleganter **Blusen**
gr. Auswahl. in Seide, Wolle, Waschstoff schon von **1.50** an
Sieverlings
Etagengeschäft
Jakobstr. 17, I.

Gebrauchte Fahrräder kauft zu hohen Preisen **Max Eckstein, Königshofstraße 5.**

Terpentin-Salmiakschmierseife Pfd. **70** Pf.
Bahnhofstraße 15b, I, l. T. 2369

Schaftstiefel, Militärstiefel, Arbeitsstiefel, Kinderstiefel, nur gute u. reelle Ware, zu billigen Preisen. Auch an Wiederverkäufer. **Heinrich Gaedecke, Tischlerkrugstraße 27.** 3795

Herren-Anzüge
Konfirmanden-Anzüge
nur prima Stoffe zu mäß. Preisen
— Abänderungen kostenlos —
Reuter, nur Bandstr. 1, II. Et.

Sarglager empfiehlt **Fr. Koch** Gr. Schulstr. 3, 1 Tr.

Vermietungen.

Georgenplatz 3, II, 2 St., 2 K., K. u. Zubeh. 450 M, elektr. Flurbel. N. 1.

Laden, Wohn. z. verm. Kl. Schulstr. 4

Frdl. Hofwohnung, 240 M, z. 1. Apr. zu vermieten Knochenhauerufer 84

Barleben. Wohnung, hochpt. m. Stall u. Zubeh. 150 M [illegible] Str. 2a.

[illegible] Wohn. m. elekt. Licht, montl. 13.50, 10 M, z. 1. 4. z. v.

Gartenparzellen verpachtet **H. Stammer, Fichtestr. 39.**

Verpachtung von Ackerparzellen.

Auf dem **Gelände des künftigen Westerhüser Friedhofs** sind noch mehrere Parzellen sogenanntes **Kriegsland für die Ernte 1916** zu verpachten. Pachtlustige wollen sich an die **städtische Verwaltungsstelle Südost** wenden 3817

Gartenabschnitte
beliebiger Größe in der Nähe der **Neuhaldensleber Straße** hat zu verpachten **H. Plönnigs,** M.-Neustadt, Friedrichsplatz 8, 1 Tr.

Sudenburg
Theodor Kraft
37 Halberstädter Straße 37
Herren- und Knaben-Konfektion
Berufskleidung
Arbeitskleidung
in guten Qualitäten.
Umfangreiche Auswahl.

Konfirmationskarten und Jugendweihekarten
mit ausgewählten Texten
empfiehlt
Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße Nr. 3.

Stadttheater.
Donnerstag den 23. März
4. Abend. Gelbe Karten.
Alessandro Stradella.
Hierauf
Coppélia (Ballett).
Anf. 7 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Freitag den 24. März
Gastspiel des kgl. Schauspielers
Hans Mühlhofer
Egmont.

Wilhelm-Theater
Donnerstag den 23. März
Das Farmermädchen.
Freitag den 24. März
Der fidele Bauer.
Sonnabend den 25. März
Die Landstreicher.
Sonntag den 26. März, nachm.
Gold gab ich für Eisen.
Abends
Der fidele Bauer.
Montag den 27. März
Benefiz **Hella Norden**
Zum erstenmal!
Der dumme August.
Operette in 3 Akten von Rudi Gfaller.

Kasino-Theater Nähe Rathaus
Dir.: **Witwe M. Ebert**
Tgl. **Gr. Spezial.-Vorstellung**
Ab 16. neues Programm. U. a.:
Der totgeglaubte Rudi Rolf aus dem Schützengraben.
Im Kabarett: 2848
Künstler-Konzert und Ia. Kabarettistinnen.
Eintritt wochentäglich 25 Pfg. Militär sowie Vorzeiger ds. frei.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 70. Magdeburg, Donnerstag den 23. März 1916. 27. Jahrgang.

Steuererhöhung in Preußen.

Das preußische Steuergesetz wurde am Dienstag vom Abgeordnetenhaus angenommen, nachdem zuvor das Fischereigesetz ohne Erörterung und en bloc Annahme gefunden hatte. Die Steuergesetzdebatte schloß mit der Annahme einer Reihe vor Resolutionen der Kommission. Darunter eine, die sich gegen weitere direkte Reichssteuern ausspricht und die Regierung auffordert, im Bundesrat in diesem Sinne tätig zu sein. Diese Resolution wurde gegen die Linke angenommen. Indessen kommt es ja für die Steuerfragen im Reiche nicht sehr auf die Vertretung der besitzenden Klassen im preußischen Dreiklassenhaus an. Wenn das Reich vor die Aufgabe gestellt ist, alljährlich nach dem Kriege eine erhebliche Zahl von Milliarden bloß zur Verzinsung der Kriegsausgaben aufwenden zu müssen, so wird ihm gar nichts andres übrigbleiben, als zu direkten Steuern zu greifen. Das sagte denn auch der sozialdemokratische Redner, Genosse Hirsch, dem Hause mit aller wünschenswerten Deutlichkeit.

Eine andre Resolution, die für alle Verwaltungsgebiete mit weniger einfachen Verhältnissen die Anstellung hauptamtlicher Veranlagungskommissare fordert, wurde gegen die Konservativen angenommen, obgleich der fortschrittliche Abgeordnete Cassel wieder einmal nachgewiesen hatte, daß nur auf diese Weise eine den staatlichen Interessen sowohl wie der Gerechtigkeit entsprechende Steuerveranlagung zu ermöglichen ist.

Während die Vorlage die Steuerzuschläge schon bei einem Einkommen von 2100 Mark erhöht, wollte ein sozialdemokratischer Antrag im Interesse des Mittelstandes die Einkommen bis 6500 Mark von dieser höhern Besteurung freilassen. Der Antrag wurde abgelehnt, aber auch eine sozialdemokratische Resolution, die für die vom Finanzminister angekündigte Neugestaltung des preußischen Steuerwesens eine Reihe von Forderungen aufstellte, deren volle Berechtigung auch der fortschrittliche Abgeordnete Cassel anerkannt hatte. Selbst die bescheidene Resolution des Abgeordneten Dr. Friedberg auf reichsgesetzliche Abgrenzung der Steuerpolitik des Reiches und der Bundesstaaten wurde einfach niedergestimmt. Die Vorlage wurde angenommen, ihre Gültigkeit ist aber auf 1 Jahr beschränkt.

Aus der Rede des Genossen Hirsch geben wir folgendes wieder:

Wenn es zur Deckung des vorhandenen Defizits nur die beiden Möglichkeiten gäbe, eine neue Defizitanleihe aufzunehmen oder die Steuerzuschläge zu erhöhen, so würden wir den Weg der Steuerzuschläge der Defizitanleihe vorziehen. Es fragt sich aber, ob es nicht noch einen dritten Weg gibt, um das Defizit zu decken. In der Kommission ist er auch bereits angedeutet worden. Es können durch Streichung gewisser Etatspositionen noch viele Millionen gewonnen werden. Dabei denken wir an die Positionen, die angeblich zur Förderung der Jugenderziehung in Wirklichkeit aber zur

Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendorganisation

trotz des Burgfriedens dienen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ferner an die bekannten Ausgaben für Geheimfonds im Interesse der Polizei, an die Kampfpositionen gegen die dänische und polnische Bevölkerung. Solange solche Positionen nicht aus dem Etat gestrichen sind, wird es sich eine Partei, die auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Staatsbürger steht, doppelt und dreifach überlegen müssen, ob sie neuen Steuern ihre Zustimmung geben kann. Im übrigen haben wir keine Veranlassung, bereits im gegenwärtigen Zeitpunkt der Verhandlungen unsre endgültige Stellungnahme zur Vorlage festzulegen. Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Regierung bereits jetzt ganze Arbeit gemacht und eine durchgreifende Reform sowohl der staatlichen Steuergesetzgebung wie des Kommunalabgabengesetzes gebracht hätte. Wir geben zu, daß die Verhältnisse noch nicht so durchsichtig sind, um vollkommen übersehen zu können, wie sich die Finanzen nach dem Kriege gestalten. Daher ist es begreiflich, wenn der Finanzminister sich vorläufig auf eine kurze Novelle beschränkt. Wenn wir eine wirkliche Reform vorgelegt bekommen hätten, wäre es zweifellos möglich gewesen,

die Minderbemittelten mehr als bisher von der Steuerpflicht zu entlasten,

und vor allem den Gemeinden Mittel und Wege an die Hand zu geben, damit sie die Aufgaben besser erfüllen können, die ihnen bereits vor dem Kriege bevorstanden und die sie während des Krieges in noch weit höherm Maße zu lösen gezwungen gewesen sind, Aufgaben, durch die sie ganz erheblich finanziell belastet werden. Es ist dringend notwendig, daß unmittelbar nach Beendigung des Krieges eine Novelle zum Kommunalabgabengesetz dem Landtag unterbreitet wird. (Sehr richtig!)

Darüber, daß die neuen Steuerzuschläge nur auf ein Jahr bewilligt werden sollen, hat in der Kommission völlige Einmütigkeit geherrscht. Gegenüber unserm Antrag, die Einkommen unter 6500 Mark von den neuen Steuerzuschlägen freizulassen, kam der Minister mit einem Argument, das, wenn Worte einen Sinn haben, nur bedeuten konnte, wir hätten den Antrag nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus agitatorischen Gründen gestellt. Ich hätte gedacht, daß wenigstens in einer Zeit, wo angeblich Burgfriede herrscht, vom Regierungstisch derartige versteckte Angriffe gegen uns nicht erfolgen können. Selbstverständlich haben wir das Recht, zu jeder Vorlage der Regierung Abänderungsanträge einzubringen, das werden wir uns niemals nehmen lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sachlich ist unser Antrag vollauf begründet. Sein finanzieller Effekt spielt für die Regierung keine Rolle. Der Minister hat selbst ausgeführt, daß die neuen Zuschläge für die Einkommen bis 6500 Mark noch nicht einmal 2 Millionen Mark einbringen. Im übrigen haben wir auch den Weg angegeben, wie der Ausfall wieder eingebracht werden kann, nämlich dadurch, daß mit der Progression nicht haltgemacht wird bei den Einkommen von 100 000 Mark. Wir beantragen 125 Prozent Zuschlag bei den Einkommen von 200 000 Mark. Das sind 9 Prozent, und wenn bei 100 000 Mark 8 Prozent erhoben werden, so ist 9 Prozent bei 200 000 Mark wahrhaftig nicht zuviel. Die Erhöhung der Zuschläge zur Ergänzungssteuer auf 75 Prozent, die wir beantragen, ist in der Kommission sogar von nationalliberaler Seite als eine Erhöhung bezeichnet, gegen die man kaum etwas einwenden könne.

Der Minister hat von der erziehlichen Wirkung des Steuerzahlens gesprochen. Nun, diese erziehliche Wirkung bekommt heute schon jeder Staatsbürger in reichlichem Maße zu kosten, wir dürfen doch nicht vergessen, in wie hohem Maße die preußischen Staatsbürger

mit indirekten Reichssteuern belastet

sind. Gerade der jetzige Zeitpunkt ist der denkbar ungeeignetste, um die kleinern und mittlern Einkommen noch weiter zu belasten. Und gerade vom Standpunkt der Herren aus, die sich fortgesetzt als Freunde des Mittelstandes ausspielen, ist der Widerstand gegen unsern Antrag unbegreiflich. Mit seiner Aeußerung, daß, je höher die Produktion ist, desto mehr die Sucht zur Steuerhinterziehung zutage treten werde, hat der Finanzminister gewissen Kreisen der Besitzenden gerade kein schmeichelhaftes Zeugnis ausgestellt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich halte es auch nicht für denkbar, daß das Herrenhaus in einer Zeit, wo jeder Opfer zu bringen verpflichtet ist, einer stärkern Progression Widerstand leisten wird. Im Gegenteil, gerade das Herrenhaus müßte sich bereit erklären, dafür zu sorgen, daß die besitzenden Kreise entsprechend Opfer bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unsre Wünsche bezüglich der zu erwartenden Reform haben wir in einem Antrag niedergelegt, der selbstverständlich nicht erschöpfend ist. Der Wunsch auf

Heraufrückung der Grenze des steuerfreien Einkommens

ist durchaus berechtigt. Wenn die Regierung im Jahre 1883 die Einkommen bis zu 1200 Mark frei lassen wollte, dann ist es angesichts des gesunkenen Geldwertes wirklich nicht zuviel verlangt, wenn man heute mit der Grenze auf mindestens 1500 Mark hinaufgeht. Der Finanzminister meint, es solle jeder zahlen. Wenn er auf diesem Standpunkt steht, dann müßte er logischerweise mit der Steuerpflicht noch weiter heruntergehen als heute. Natürlich soll jeder zahlen, aber doch nur, wenn er dazu imstande ist, und Zensiten mit einem Einkommen unter 1500 Mark sind bei den heutigen teuern Lebensverhältnissen nicht in der Lage dazu. Der durch Annahme unsers Antrags entstehende Ausfall von Steuern könnte entweder gedeckt werden durch eine stärkere Progression bei den hohen Einkommen und bei den Vermögen oder aber durch eine

gerechtere Heranziehung aller Einkommen und Vermögen zur Steuer.

Dies wird am besten erreicht, wenn man den Landräten die Veranlagungsgeschäfte abnimmt und besondere Steuerkommissare im Hauptamt anstellt, aber nicht nur in Gegenden mit schwierigen Verhältnissen, sondern ganz allgemein. (Sehr richtig! links.) Eine große Ungerechtigkeit bedeutet der § 23, dessen Aufhebung wir beantragen, und durch den die Arbeiterklasse prozentual weit höher belastet wird als alle übrigen Schichten der Bevölkerung.

Für einen weitern Ausbau des Kinderprivilegs sind wir selbstverständlich zu haben. Wenn der Finanzminister gegen den Antrag ins Feld führt, daß dadurch den Kommunen Einnahmequellen genommen würden, so hat er in gewissem Sinne recht. Er vergißt nur, daß wir gleichzeitig eine

durchgreifende Reform des Kommunalabgabengesetzes

verlangen, und es sollte doch wahrhaftig nicht allzuschwer sein, den Gemeinden neue Einnahmequellen zu erschließen. Gewiß, der Minister hat mit seinen frühern Vorschlägen wenig Glück gehabt. Das liegt vielleicht daran, weil sie verhältnismäßig vernünftig waren und deshalb keine Aussicht auf Annahme hatten. (Heiterk. u. Sehr gut! b. d. Soz.) Hoffentlich werden aber die Herren, die sich früher den Vorschlägen der Regierung wider-

---

Vor Jahr und Tag.

Roman von Wilhelm Holzamer.

(18. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Was ist wieder?" fragte die Annelies den Rosenzweig.

„Laß Dir's sagen," knurrte der sie an und ging murrend und weiter vor sich hinschimpfend hinaus.

Die Annelies Brabender ließ sich die Anfrage in ihrer ganzen wörtlichen Wohlgesetztheit noch einmal vortragen. Sie lächelte und fühlte sich Madam.

„Eine schöne Empfehlung an den Herrn Lehrer," erwiderte sie — und nun leckte sie ein wenig mit der Zungenspitze die Lippen, als seien sie mit Süßigkeit bestrichen — „und Fräulein Rosenzweig lasse dem Herrn Lehrer schön danken" — sie sprach „vornehm" Deutsch — „und es ging noch nicht richtig besser. Kannst Du das ausrichten?"

Der Knabe nickte.

„Na wart mal," sagte die Annelies. Dann griff sie tief unter ihren Oberrock, hob ihn auf und suchte die Tasche im Unterrock. Sie reichte dem Buben einen Kreuzer.

„So, und das ist für Dich!"

Täglich schickte der Vetterlein — und die Annelies nahm immer die Ausrichtungen entgegen. Sie wußte immer zu sorgen, daß der alte Rosenzweig nicht zugegen war. Und als es der Dorth ein wenig besser ging, erzählte sie ihr dem Schullehrer seine Besorgtheit und ließ, wie die Besserung noch weiter fortgeschritten war, die kleinen Boten selbst ans Bett herein und ihren Spruch da aufsagen. Die Dorth lächelte ein wenig, matt und wehmütig, aber es tat ihr doch in der Seele wohl, daß jemand so an ihr Anteil nahm und sich jeden Tag erkundigt hatte von allem Anfang an.

Als eines Tages der Bescheid gegeben wurde — der halbe Januar war da schon herum — es gehe nun wieder ganz gut, da blieben die kleinen Boten aus. Die Dorth hoffte still, nun werde der Vetterlein selbst kommen und nach ihr sehen. Aber er kam nicht. Da fragte sie eines Tages die Annelies:

„War der Schullehrer nie da, solang ich krank war?" Die Annelies nahm ihre Hand.

„Du weißt ja, er hat jeden Tag geschickt, aber selbst gekommen ist er nie nit."

Sie nahm die Hand der Dorth und sagte ihr tröstliche Dinge vom Anteil der Menschen, von Liebe und Gutsein, und nit so viel auf die Leute hören, und nit so viel auf die Leut vertrauen, und sich nit so viel an das hängen, was man möchte, weil doch so vieles anders käm, als man's vorausgesehen hätt' und weil's halt eben gut wär, sich immer drauf einzurichten, daß ei'm ein Strich durch die Rechnung gemacht werden tät, und daß man dann um so froher wär, wenn's einmal nit der Fall wär.

Die Dorth saß in dem hohen Backenjessel und ließ ihre gebleichte Hand in den roten, festen Fingern, der Annelies, die sie ganz zart hielten, und hörte ihren Worten vorbei, nickte und lächelte aber, als sei sie sehr aufmerksam. Die Annelies sah ihr nicht scharf in die Augen, sonst hätte sie gesehen, daß die abwesend waren. Die gingen das ganze Erdenrund ab — rundum, soweit Gedanken nur führen können — und suchten, wo ein Halt und ein Ruheplätzchen wäre, aber das ganze Erdenrund weit fand sich keins — es war alles leer. Der Dorth war die ganze Welt leer.

Sie seufzte, und eine Träne trat ihr in die Augen.

„Wein nun nit, Dorthchen," tröstete die Annelies und strich ihr mit beiden Händen über die Haare, links und rechts vom Scheitel hinab — „nun ist das Schlimmste vorbei — und wann's Frühjahr kommt und die Hinkel wieder legen und die Tauben sich schnäbeln — und siehst Du, wann's wieder grün draußen wird und der Wörrstadter Frühjahrsmarkt ist — dann ist auch bald Ostern, und der liebe Herrgott hängt wieder seine warm Sonn heraus — dann bist Du wie ein Vögelchen im Hanfsamen, und kein Mensch tut Dir's nit mehr glauben, daß Du krank warst. Wein nit, Dorthchen! Der Vater will das Wirtsschild auch neu anstreichen lassen, und der Anderbach war schon da und will ebbs'lut goldne Buchstaben machen, und den Kranz, der heraushängt, grün mit roten Rosen, und das Glas mitten drin richtig ein Weinglas. Der Anderbach kann das, und es soll schön, arg schön werden, aber auch ein Heidengeld kosten, daß ihm Dein Vater beinah an die Kehle gefahren wär. Aber gemacht wird's doch — man muß halt mit der Zeit gehn."

Sie watschelte zum Nachtschränkchen hin und goß die Medizin ein, dann kam sie mit dem gefüllten Löffel zurück und sagte:

„Wann ich Dir das erst „Biffsteck" mach, Dorthchen, dann wird's anders sein, als des Apothekerzeugs da — und das ist doch die best Medizin, so ein recht gut saftig zart „Biffsteck"."

Sie hatte eine so große Freude, daß sie die Dorth auf die Stirn küßte. Dann kamen ihr aber selbst die Tränen, sie schnüffelte ein paarmal, daß ihr der Leib heftig wackelte, dann putzte sie sich aber resolut die Nase und wischte sich die Augen aus.

„'s wird alles wieder gut, Dorthchen, alles. Nix in der Welt, was nit zuletzt gut werd'n tät."

Darnach wischte sie ihr mit dem Sacktuch über die Augen, strich ihr die Haare ein wenig glatt und setzte sich auf den Schemel neben dem hohen Backenjessel. Es war nun wirklich friedlich in der Stube, und die Dorth blickte still und gelassen in die Weite, die ihr unendlich immer noch war, aber ohne Schmerz und Angst.

*

Das Schild „Zur schönen Aussicht" prangte neu in goldenen Buchstaben, und der Kranz, mit den zwei Dreiecken drin, war frisch gemalt, saftig grün mit roten Rosen — und das Weinglas mitten, das war so „natürlich", daß man grad hätt meinen mögen, man könnt's nehmen und austrinken, obschon's nur von Holz und angemalt war.

Es ging schon gegen die Fastnacht, als die Dorth ab und zu wieder in die Wirtschaft kam. Es wollte dies Jahr keine rechte Fastnachtsstimmung aufkommen. Erst war ein Zug geplant gewesen, nachher war aber keine rechte Stimmung mehr für ihn vorhanden, obgleich sich der Wein im Keller immer besser machte und mit jedem Tage gerundeter, vollerer und feiner wurde. Er war kein Blender, das hat man als Neuer gut war, er würde einen Firnen geben, wie's kaum noch einen gegeben hatte. Nein, es lag andres in der Luft. Oesterreich und Preußen kampelten miteinander, und wenn man auch nichts Bestimmtes hörte und bald so, bald so gesagt wurde, es war doch unbehaglich. Die einen schimpften auf Bismarck und erklärten, es wär noch zehnmal besser mit Rheinhessen, wenn es mit der Pfalz an Frankreich gekommen wäre oder gleich bei Frankreich geblieben wäre. Der Geldumsatz würde dann ein ganz andrer sein, und sie wollten überhaupt nichts wissen von der ganzen neuen Wirtschaft. Der einzige Trost war, daß der Großherzog Ludwig 3. von den Preußen nichts wissen wollte, und daß man sich sagte, er halte fest zu den Oesterreichern.

(Fortsetzung folgt.)

jetzt haben, durch die Erfahrungen des Krieges sich davon belehrt zeigen, daß es unbedingt notwendig ist, den Gemeinden zu helfen. (Sehr richtig! links.)

Für die Resolutionen, die sich gegen die Erschließung neuer Einnahmequellen für das Reich durch direkte Besteurung von Vermögen oder Einkommen wenden, können wir nicht stimmen. Wenn im bayrischen Landtag eine solche Resolution angenommen ist, so beweist das nicht, daß sie gut ist. Wir werden sie genau so wie meine Freunde im bayrischen Landtag ablehnen, denn wir erblicken darin einen erneuten Versuch,

das Reich auf den Weg der indirekten Besteurung zu drängen.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr v. Hassell hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß das die Absicht der Antragsteller ist. Herr v. Hassell hat sich auf einen Artikel meines Parteifreundes Kolb bezogen. Wenn Kolb schreibt: „Indirekte Reichssteuern sind für das Reich jetzt absolut unentbehrlich; die Forderung, alle indirekten Steuern aufzuheben und durch direkte zu ersetzen, ist eine Utopie", so ist das die Ansicht eines einzelnen Sozialdemokraten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ob mein Parteigenosse Kolb mit dieser Ansicht irgendwelche Proselyten machen wird, müssen wir abwarten. Vorläufig weiß noch niemand von uns, welchen Standpunkt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu den neuen Steuervorlagen einnimmt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist jedenfalls vollständig einmütig darin, daß wir indirekte Steuern **entsprechend dem Erfurter Parteiprogramm abzulehnen** haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nicht Aeußerungen einzelner Sozialdemokraten, sondern allein das Programm, auf Grund dessen wir gewählt sind, ist für uns maßgebend. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir fordern gerade im Gegensatz zu der Resolution der Kommission einen

Ausbau der direkten Steuern auch durch das Reich,

weil wir die direkten Steuern für die einzig und allein gerechten halten. Und daß das Reich die Möglichkeit hat, die direkten Steuern noch erheblicher auszubauen, wird Ihnen hoffentlich klar werden durch die Anträge, die meine Freunde im Reichstag zu den dort jetzt zur Beratung stehenden Steuervorlagen stellen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man hat gesagt, durch zu hohe direkte Steuern werde die Akkumulation des Kapitals gehindert und der Unternehmungsgeist dadurch geschwächt. Dieser Grund ist längst durch die Erfahrung widerlegt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wo soll denn die Grenze sein, von der ab der Unternehmungsgeist geschwächt wird, wenn die Steuer zu hoch ist? Bei einer Steuer von 100 Prozent würde allerdings niemand mehr ein Interesse daran haben, etwas zu unternehmen, wenn er doch dem Staate alles geben muß. Aber daß der Unternehmungsgeist geschwächt wird deshalb, weil man 8 Prozent Steuern auf dem Altar des Vaterlandes opfern soll, glaube ich sicher nicht, noch dazu, wo von diesen 8 Prozent 3 Prozent ausdrücklich eine Kriegssteuer sind, **die die Lasten des Staates mit tragen helfen sollen, die der Krieg** uns aufgebürdet hat. Täuschen wir uns darüber nicht: die Resolution bedeutet den Versuch,

die Lasten des Krieges zum größten Teile wieder auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Einer Handvoll Produzenten zuliebe sollen die Krieger, wenn sie aus den Schützengräben heimkehren, noch weiter für die notwendigsten Lebensmittel unerschwinglich hohe Preise zahlen. Das ist der Dank, den Sie unsern Kriegern abstatten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) So will's Preußen, und Sie hoffen, Ihren Willen dem Reichstag und dem Bundesrat aufzuzwingen. Wir hoffen aber, daß nicht der Wille des Preußischen Abgeordnetenhauses in dieser Frage maßgebend sein wird, sondern der Wille der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, und wir sind der festen Zuversicht, daß der Reichstag Ihnen einen Strich durch die Rechnung machen wird. (Beifall b. d. Soz.)

Am Mittwoch hält das Abgeordnetenhaus die letzte Sitzung vor der Vertagung ab, die bis Ende Mai eintreten soll. Es dürfte eine kurze Sitzung werden, Anträge, kleine Vorlagen, Petitionen und der Kommissionsbericht über die Teurungszulagen der Staatsangestellten stehen auf der Tagesordnung. —

Was der Krieg bringt.

Staatsangestellte und Steuervorlagen.

In einer Doppelnummer nimmt die von der Zentralstelle des Reichskartells der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten in Elberfeld herausgegebene „Reichskartell-Korrespondenz" Stellung zu den neuen Steuervorlagen. Das Organ der 130 000 Mitglieder zählenden Verbände kündet entschiedenen Widerstand gegen jede weitere Belastung der breiten Volksschichten an und begründet diese seine Stellung in einer Reihe von Artikeln. Da wird über die Frage, ob Besitz- oder Verbrauchssteuer, gesagt:

Herr von Heydebrand sieht schon angesichts der 100 Millionen Zuschläge zur preußischen Einkommensteuer jede weitere Heranziehung des Besitzes durch das Reich als eine Art Konfiskation an. Wir sind aus Gründen, die an andrer Stelle noch eingehender behandelt werden, der gegenteiligen Ansicht, nämlich, daß der Besitz in erster Linie die Pflicht hat, die Steuerlasten der Zukunft auf sich zu nehmen. Wer soll denn sonst den Mehrbedarf an Steuern aufbringen? — etwa die untern Volksschichten? Die haben ihre Kriegssteuern für längere Zeit im voraus vermittels der heute herrschenden Warenpreise gezahlt, ohne, wie schon einmal gesagt, in ihrer Eigenschaft als Produzenten gleich den andern Produzentengruppen während des Krieges finanzielle „Anreize zur Produktion" erhalten zu haben.

In einem andern Artikel heißt es:

Ein Spiel mit Worten ist es, wenn in der Begründung wieder der veraltete Satz aufgestellt wird, das Reich müsse sich mit „indirekten" Steuern behelfen. Uns ist nicht recht klar, was an der in der Kriegsgewinnsteuer enthaltenen Vermögenszuwachssteuer noch „indirekt" sein soll. Würde obiger Satz in seiner engsten Auslegung tatsächlich weiter bestehen bleiben, dann blieben ja in Zukunft dem Reiche weiter nichts als Zölle (vielleicht erhöhte!), Monopole und Verbrauchssteuern als Geldquellen übrig. Der Tabaksteuer würden wahrscheinlich sehr schnell Bier-, Branntwein-, Salz-, Kaffee-, Zucker-, Petroleum-, Mehl-, Gewürzsteuern usw. folgen. Und das nach einem siegreichen Kriege, während dessen die große Mehrheit der untern Volksschichten — im Gegensatz zu den englischen Angestellten und Arbeitern — auf jeden nennenswerten finanziellen „Anreiz zur Produktion" verzichten mußte und außerdem in Form von einer fast verdoppelten Verteurung der Lebenshaltung ungeheuer große materielle Kriegsopfer brachte. Mit derartigen Steuerexperimenten würde man, um mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu reden, die „Arbeitsfreude" der kleinen Beamten, Angestellten und Arbeiter recht erheblich stören. Vielleicht auch die innerpolitische Entwicklung, wie sie von dem leitenden Staatsmann des Reiches angestrebt wird. Viel zu hoffen ist ja nach dieser Richtung ohnehin nicht mehr. Das weiß jeder, der die Stimmung des Volkes über die gutwillige, aber sehr schwächliche Haltung der Reichsregierung in den Volksernährungsfragen kennt.

Sehr deutlich wird dann zum Ausdruck gebracht, daß neue Verbrauchssteuern geradezu als ein Verzweiflungsprodukt betrachtet werden müßten:

Einstweilen sind wir von der Notwendigkeit neuer Verbrauchssteuern nicht überzeugt. Es sind noch andre, recht ergiebige Steuerquellen da. Verbrauchssteuern mögen für den Gesetzgeber „bequem" sein — sie stellen keine neue Steuerart dar und erfordern wenig Kopfzerbrechen —; für den Verbraucher, der zu jeder Verbrauchssteuer noch den doppelten und dreifachen Zuschlag derselben vom Handel aufdiktiert bekommt, sind sie sehr „unbequem". Wir m[illegible] vornherein mit aller Entschiedenheit [illegible] aufstellen:

Zwingt uns [illegible] Not, nach der wirklichen reit[illegible] Erschöpfung aller übrigen Steuerquellen wirklich zur Einführung von Verbrauchssteuern, dann hat sich die Staatsgewalt unter Mitwirkung der Konsumenten von vornherein den notwendigen Einfluß auf die Preisbildung der betreffenden Waren zu sichern.

Beiläufig bemerkt: Auf die Spitze getriebene Verbrauchssteuern haben in der Geschichte der Völker als Vorboten großer Ereignisse immer eine recht bedenkliche Rolle gespielt.

Schließlich wird gefordert, daß die Angestellten und Arbeiter der staatlichen Verkehrsanstalten zu dem Mittel der Selbsthilfe im Kampfe um eine vernünftige Steuerpolitik greifen sollen:

Sollten wir hier und da einmal eine notwendige Korrektur an Parteipolitikern oder Parteien vornehmen müssen, die eine staatsangestelltenfeindliche Steuerpolitik befürworten, so bedeutet das noch lange keine Verletzung der parteipolitischen Neutralität, sondern nur Wahrung berechtigter Staatsangestellteninteressen und eine notwendige Erziehungsarbeit, die an den bürgerlichen Parteien schließlich doch einmal begonnen werden muß. Denn bisher fanden auch in der Steuerpolitik die Interessen der Landwirtschaft und des Handels eine viel stärkere Berücksichtigung als die der Konsumenten.

Wir erwarten, daß uns die Mitglieder der Reichskartellverbände bei dieser letztgenannten Erziehungsarbeit in allen Wahlkreisen recht tatkräftig unterstützen werden. Schon jetzt bitten wir unsre Kollegen in den Wahlkreisen dringend, den in Frage kommenden Abgeordneten ebenso höflich wie bestimmt die Ansicht der Staatsangestellten über die Steuerpolitik der Zukunft, unter Betonung ihrer zahlenmäßigen Bedeutung bei politischen Wahlen, brieflich zu übermitteln. Ebenso sollten die Leitungen aller Staatsangestelltenverbände, ohne Unterschied der Richtung, dem Herrn Staatssekretär vom Reichsschatzamt ihre Steuerwünsche übermitteln, verbunden mit dem Hinweis, daß Steuerpolitik fortan nicht mehr das alleinige Monopol der Parteien sei, vielmehr die wirtschaftlichen Organisationen der Staatsangestelltenverbände entschlossen sind, unabhängig von parteipolitischen, Hansa- oder Landwirtsbündlerischen Wünschen ihre Steuervorschläge zu vertreten und an den Steuerplänen der Regierung und Parteien gründliche und sachliche Kritik zu üben.

An der Stellung der Sozialdemokratie in der Steuerfrage werden die Staatsangestellten und Arbeiter vermutlich keine Korrektur vorzunehmen haben. Bei der geplanten Umfrage bei den Abgeordneten wird das leicht festzustellen sein. —

* *

Eine Rechnung für Arbeiter.

Die „Chemnitzer Zeitung" brachte vor kurzem folgende Notiz:

Für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen in der Industrie entsprechen die Rückvergütungen für Verpflegung und Unterkunft keineswegs den jetzigen hohen Lebensmittel- und Materialienpreisen und legen daher den Werken, welche Kriegsgefangene beschäftigen, eine nicht unerhebliche Zubuße auf. Der Normalsatz für die Unterkunft in Höhe von 0,15 Mark für den Tag und Kopf könnte einigermaßen als ausreichend betrachtet werden, sofern eine sehr große Anzahl von Kriegsgefangenen an ein und derselben Stelle untergebracht werden kann. Dagegen trägt der Satz für die Verpflegung auch jetzt der fortdauernden Teurung der Lebensmittel nicht genügend Rechnung. Die Selbstkosten dürften jetzt mindestens, wenn man die bei der Militärverwaltung eingesetzte Skala berücksichtigt, bei einer Beschäftigung von 1 bis 50 Mann je 1,80 Mark für einen Tag, von 51 bis 200 Mann je 1,70 Mark für einen Tag und von mehr als 200 Mann je 1,60 Mann je 1,60 Mark für einen Tag betragen. Der stellvertretende Kriegsminister, der Handelsminister und der Staatssekretär des Innern sind ersucht worden, im Interesse der Industrie die Verpflegungssätze so bald als möglich auf die angegebenen Zahlen zu erhöhen.

Dazu macht der „Proletarier" folgende treffende Bemerkungen:

Diese Notiz sowie die erwähnte Eingabe an die Regierung erhärten ein wichtiges Zugeständnis. Es wird darin gesagt, daß die täglichen Selbstkosten für die Verpflegung eines Kriegsgefangenen 1,80 Mark täglich betragen, wenn nicht mehr als 50 Gefangene gleichzeitig verpflegt werden können. Damit ist eine außerordentliche Verteurung der Lebenshaltung von den Unternehmern ausdrücklich anerkannt. Zugleich aber haben die Herren so etwas wie ein Existenzminimum festgelegt. Wir dürfen doch wohl erwarten, daß die Unternehmer, die ihren Patriotismus ja meist recht deutlich ins Licht rücken, ihren Arbeitern nicht zumuten werden, mit weniger pro Tag auszukommen, also sich schlechter zu ernähren als die Kriegsgefangenen ernährt werden. 1,80 Mark pro Tag muß also jeder Arbeiter für seine Ernährung allermindestens einsetzen dürfen! Es wird auch, so hoffen wir, jeder einsichtige Unternehmer [illegible] die Frau eines Arbeiters für [illegible] Ernährung mindestens denselben Betrag haben muß, der für einen Kriegsgefangenen aufgewendet wird, also gleichfalls 1,80 Mark pro Tag. Für die größeren Kinder wird man eigentlich nicht viel weniger einsetzen können. Weil das jedoch schwerer zu bemessen ist, wollen wir für jedes Kind nur durchschnittlich die Hälfte, also 90 Pfg. pro Tag, als Ernährungskosten ansetzen. Eigentlich müßten ja alle diese Summen etwas nach oben abgerundet werden, denn die Familie kann nicht so im großen und deshalb auch nicht so billig einkaufen wie der Unternehmer, der 50 Gefangene beköstigen muß. Doch lassen wir es bei den von den Unternehmern als Mindestbetrag ausgerechneten Summen und stellen wir darnach ein Exempel auf, um zu ermitteln, was denn heute eine Familie zur Ernährung braucht. Wir nehmen die deutsche Durchschnittsfamilie, die aus Mann, Frau und drei Kindern besteht. Diese hätte dann für die Ernährung aufzuwenden pro Woche:

Für den Mann . . .	7 × 1,80 Mk.	= 12,60 Mk.
Für die Frau . . .	7 × 1,80 „	= 12,60 „
Für drei Kinder	3 × 7 × 0,90 „	= 18,90 „
Für die Familie pro Woche		**44,10 Mk.**

Vierundvierzig Mark und zehn Pfennig pro Woche allein für die Ernährung! Und das bei Beschränkung auf das Alleräußerste, bei Vermeidung aller überflüssigen Ausgaben! Denn die Ernährung der Kriegsgefangenen ist Beschränkung auf das Notwendigste unter Ausschaltung aller Ausgaben für Genußmittel. Deshalb ist es gewiß auch nicht zuviel verlangt, wenn wir für die Ernährung der Arbeiterschaft allermindestens den Betrag als Kosten ansetzen, den die Unternehmer für die Beköstigung der Kriegsgefangenen fordern.

Diese Rechnung für Arbeiter wird sicher vielfache Zustimmung finden. —

Ein Park von Kinderwagen.

Ueberaus lebendige Schilderungen aus den Tagen der Räumung Verduns entwirft der mit dem Abtransport der Zivilbevölkerung betraut gewesene Unterpräfekt Jean Grillor. Dieser Abtransport war durch den Mangel an Eisenbahnwagen besonders erschwert. In drangvoll fürchterlicher Enge mußten die armen Flüchtlinge auf den offenen Viehwagen der lokalen Kleinbahn untergebracht werden. Sechzig Personen wurden dabei auf den Raum zusammengepfercht, der planmäßig für drei Pferde bestimmt war. Dazu kamen Regen, Schnee und Frost. Zwölf Stunden brauchten diese Unglückszüge, um Bar-le-Duc zu erreichen, und diese 12stündige Fahrt im offenen Viehwagen durch Schnee, Eis und Kälte kostete gar manches Kind das Leben.

Noch eine Einzelheit von erschütternder Eindringlichkeit schildert der Präfekt: „Eine große Zahl flüchtender Mütter benutzte zur Beförderung ihrer Kleinen die Kinderwagen, die sie vor sich herschoben. Aber diese Wagen nahmen zuviel Platz weg und hinderten den raschen Fortgang der Räumung der Stadt. Trotz der inständigen Bitten der Mütter, ihnen die Wagen zu lassen, waren wir gezwungen, die Kinder herauszunehmen, um die Wagen beiseitezubringen. Mit Staunen sahen später die Truppen, die zu den Kämpfen nach N. hinauszogen, auf einem weiten Gelände in der Nähe des Bahnhofs Hunderte von diesen kleinen Wagen, die den Launen der Witterung, des Sturmes und des Regens hilflos überlassen waren. Es war ein Wagenpark von leeren Kinderwagen, der in dieser Verlassenheit ein Bild der Hilflosigkeit entrollte, das rührend wirkte."

* * *

Das Urlaubstelegramm.

Der „Temps" vom 26. Februar erzählt folgendes hübsche Geschichtchen von einem französischen Landwehrmann, der auf Urlaub in die Heimat fahren wollte:

Daheim habe er Frau und Kinder. Die hätte er gern vom Etappenort aus telegraphisch benachrichtigt. Seine Finger waren im Kriegsdienst etwas steif geworden, und die Abfassung des Telegramms war überhaupt nicht leicht. Es gibt Telegramme, die einem so viel Mühe machen wie ein Liebesbrief, und schließlich war dieses Telegramm ja auch so etwas wie ein Liebesbrief. Nun stand er vor dem Schalter, sein Blatt Papier in der einen Hand, ein Frankstück in der andern.

„Sind Sie Soldat?" fragte der Beamte. — „Allerdings!" Und der Landwehrmann beeilte sich, seine Papiere auszubreiten. — „Ist nicht nötig," sagte der Beamte. „Daß Sie Soldat sind, sieht man ja. Aber es ist den gewöhnlichen Postämtern hier verboten, Telegramme von Militärs anzunehmen." — „Aber ich telegraphiere ja keine Nachrichten von der Front. Es ist doch nur, um meiner Frau und meinen Kindern zu sagen, daß ich Urlaub habe. Lesen Sie doch!"

Aber der Beamte hatte nun einmal seine „Instruktion". „Verfluchte Geschichte!" brummte der arme Urlauber. Aber in seiner Verzweiflung fiel ihm eine Frage ein: „Wenn nun ein Zivilist, ein richtiger Zivilist in Zivil, Ihnen diese Depesche brächte, würde sie dann angenommen?"

„Natürlich," antwortete der Mann am Schalter.

Der Urlauber durchflog mit seinen Augen das ganze Postamt. Es war leer, bis auf eine Frau. Und diese Frau war jung und sah gar nicht böse aus, sie war sogar recht hübsch und gerade damit beschäftigt, eine Marke auf einen Brief zu kleben und ihn in den Kasten zu werfen.

Da sprang er auf sie zu: „Gnädige Frau!" Sie sah ein wenig erschrocken drein, denn bei diesen Soldaten, die von der Front kommen, weiß man ja nie, was für Wünsche sie haben. Aber der furchtbare Mensch fuhr fort: „Gnädige Frau, wollen Sie nicht meine Kriegspatin sein?" Er schrie das in einem Tone, als wenn er sagen wollte: Keinen Widerstand, oder ich bringe Sie um!

Die Dame strebte nach dem Ausgang: aber entschlossen vertrat er ihr den Weg; lieber sterben, als einen Gefangenen entweichen lassen. Aber er mäßigte jetzt wenigstens seine Stimme: „Hören Sie mich doch an, gnädige Frau; ich bin Landwehrmann, verheiratet, Familienvater. . . ."

Da atmete die hübsche Dame auf und zog ihre Geldbörse aus dem Täschchen. Das war zwar noch ein Mißverständnis, aber nun konnte man doch wenigstens miteinander reden. Und einige Sekunden später stand die junge Frau am Schalter und lachte vor Vergnügen. Auch der Urlauber wollte sich halbtot lachen, und selbst der Beamte stimmte in die allgemeine Fröhlichkeit ein und meinte: „So so, Sie haben den Trick entdeckt! Ich durfte es Ihnen nicht sagen, wie man's anfangen muß. Aber nun soll mir's gleich sein. Ist die gnädige Frau eine Zivilperson? Ja oder nein? . . ." —

* * *

Verlustliste Nr. 484.

Von Truppenteilen, denen Truppen aus unserm Verbreitungsbezirk angehören, weist die Liste auf: Infanterie-Regiment Nr. 27, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 27, Infanterie-Regiment Nr. 52, Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 93, Infanterie-Regiment Nr. 165, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 217 und Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 263. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 22. März 1916.

Zur Lage der Straßenbahnen.

Seit einiger Zeit macht sich das lebhafte Bestreben der Straßenbahnen bemerkbar, den Einheitstarif von 10 Pfg. auf 15 Pfg. zu erhöhen. Zunächst war es die Große Berliner Straßenbahn, die im vorigen Jahre beim Verband Groß-Berlin eine Erhöhung des Tarifs beantragte, zunächst ohne Erfolg. Im neusten Geschäftsbericht führt die Verwaltung aber aus, daß der Antrag wiederkommen werde, da die Neuregelung des Tarifs im Interesse des gesunden Fortbestandes des Unternehmens dringend nötig sei. Nun hat in diesem Jahre der Verein deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnenverwaltungen eine außerordentliche Hauptversammlung abgehalten, in der die Tariffrage behandelt und eine Erhöhung des Einheitstarifs auf 15 Pfg. verlangt wurde. Bemerkenswert ist, daß auch Städte mit eignen Straßenbahnen für eine solche Erhöhung eintreten. Auf der Versammlung der Bahnverwaltungen wurden die finanziellen Ergebnisse der Straßen- und Kleinbahnen im ersten Kriegsjahr zum Beweis dafür angeführt, daß eine Erhöhung eintreten müsse. Nach unsrer Meinung darf man aber nicht mit den Ergebnissen des ersten Kriegsjahrs operieren, schon deswegen nicht, weil das zweite Jahr schon wieder eine Besserung zu bringen scheint. Dann muß man aber auch die eigentlichen Straßenbahnen von den übrigen Kleinbahnen bei der Beurteilung des finanziellen Rückgangs im ersten Kriegsjahr trennen. Für die in Form von Aktiengesellschaften betriebenen Unternehmungen gestalteten sich dann die finanziellen Ergebnisse der eigentlichen Straßenbahnen und der sonstigen Kleinbahnen, soweit sie im Jahre 1915 ihre Rechnungsergebnisse veröffentlicht haben, folgendermaßen: Es betrugen vergleichbar mit dem Jahre zuvor bei den

	Gesellschaften	Aktienkapital in Millionen Mark		Dividende in Prozent			
Straßenbahnen		1913/14	1914/15	1913/14	1914/15	1913/14	1914/15
Abschreibungen	55	376,84	405,85	21,36	20,91	5,67	5,15
Reingewinn	60	379,57	408,58	31,64	24,71	8,33	6,05
Dividende	56	370,84	399,26	25,72	21,05	6,90	5,30
Kleinbahnen							
Abschreibungen	130	264,46	266,99	3,45	3,53	1,31	1,32
Reingewinn	143	277,46	286,87	9,10	6,72	3,67	2,84
Dividende	135	247,12	252,57	5,45	4,10	2,20	1,60

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß die Erträgnisse bei den sonstigen Kleinbahnen erheblich niedriger sind als bei den eigentlichen Straßenbahnen. Auch bei den letztern haben die Erträgnisse abgenommen, aber die durchschnittliche Dividende steht doch immerhin noch über 5 Prozent gegen 1,60 Prozent bei den andern Kleinbahnen. Im Jahre 1915 dürfte bei vielen, allerdings wohl nicht bei allen Straßenbahnen wieder eine Besserung der Erträgnisse eingetreten sein. Wie sich diese Besserung auf die durchschnittlichen Ergebnisse äußern wird, das ist freilich jetzt noch nicht zu beurteilen. Die Große Berliner Straßenbahn verteilt zwar nur die gleiche Dividende wie für 1914, immerhin ist der Betriebsüberschuß von 16,37 auf 17,28 Millionen Mark gestiegen. Die Posener Straßenbahn kann bei ausreichenden Abschreibungen 9½ Prozent Dividende verteilen, die Magdeburger 9. Eine Fahrpreiserhöhung läßt sich mit diesen Abschlüssen schwerlich begründen. —

Siebenuhrladenschluß und Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Diese Fragen erörtert Warenhausbesitzer Willi Cohn (Halberstadt) in einem Artikel (abgedruckt in Nr. 21 der „Sozialen Praxis"). Er weist nach, daß der Wunsch und der Gedanke nach dem Siebenuhrladenschluß und der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auf dem Vormarsch sind und sich allen Einreden zum Trotze durchsetzen werden. Als geeignetste Zeit zur Durchführung bezeichnet Herr Cohn die gegenwärtige, welche den Geschäftsinhaber ohnehin zwingt, seine Ausgaben zu beschränken, weil die Kauflust merklich nachgelassen habe. Er verlangt auch die völlige Aufhebung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe und tritt den Bedenken, welche dagegen erhoben werden, mit beachtenswerten Gründen entgegen. Es ist ihm beizustimmen, wenn er am Schlusse seines Artikels schreibt: „Die Tätigkeit in den offenen Verkaufsgeschäften ist aufreibend genug und darf nicht zur Folge haben, daß Angestellte und Geschäftsinhaber mehr als in andern Berufen überanstrengt und an das Geschäft gebunden werden.

„Wir brauchen ein lebhaftes, gesundes Geschlecht, das über die nötige Muße verfügt, draußen in der Natur, durch gute Unterhaltung, durch Bildung und Wissen neue Kraft für den Daseinskampf zu gewinnen." Selbstverständlich verlangt Cohn, daß seine Forderungen durch allgemeine gesetzliche Bestimmungen zur Durchführung gebracht werden. Sein Artikel liefert aufs neue den Beweis, daß nicht nur die Angestellten, sondern auch die Geschäftsinhaber die Forderungen nach dem Siebenuhrladenschluß und der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in zunehmendem Maße mit Nachdruck vertreten. Man wird sich diesen Forderungen gegenüber auf die Dauer nicht taub verhalten können. —

Das Lehrverhältnis im Kriege.

Binnen kurzem werden in den Schulen wieder Tausende von Kindern entlassen. Den Eltern bereitet die Frage, was aus den Kindern werden soll, in der Kriegszeit besonders große Sorgen. Viele Väter und Lehrmeister sind im Kriege. Das ganze wirtschaftliche Leben hat tiefgehende Aenderungen erfahren.

Die Auffrischung des Gedächtnisses bezüglich der Rechte und Pflichten im Lehrlingswesen erscheint unter den besondern Verhältnissen doppelt notwendig. Auch während der Kriegszeit muß jeder Lehrvertrag binnen 4 Wochen nach Beginn der Lehre schriftlich abgeschlossen und von dem Lehrherrn, dem Lehrling und dem Vater — oder dem gesetzlichen Vertreter — des Lehrlings eigenhändig unterschrieben werden. Der Vertrag hat die Bezeichnung des Gewerbes, Dauer der Lehrzeit, Angabe der gegenseitigen Leistungen und Voraussetzungen betreffs einseitiger Auflösung des Vertrags zu enthalten, andernfalls ist er ungültig. Ansprüche des Lehrlings erlöschen, wenn sie nicht innerhalb 4 Wochen nach Auflösung des Lehrverhältnisses geltend gemacht werden.

Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling in den in seinem Betrieb vorkommenden Arbeiten des Gewerbes dem Zwecke der Ausbildung entsprechend zu unterweisen, ihn zum Besuch der Fortbildungs- und Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Auch hat er ihn gegen Mißhandlungen der Familienangehörigen zu schützen und Sorge zu tragen, daß dem Lehrling nicht Arbeitsverrichtungen angewiesen werden, welche seinen körperlichen Kräften nicht entsprechen oder nicht angemessen sein würden. Zu häuslichen Dienstleistungen dürfen Lehrlinge, die im Hause des Lehrherrn weder Kost noch Wohnung erhalten, nicht herangezogen werden. Kommt der Lehrherr oder dessen Stellvertreter diesen Verpflichtungen nicht nach, so sind die Eltern oder Vertreter des Lehrlings berechtigt, das Lehrverhältnis zu lösen und den Lehrherrn für den Schaden haftbar zu machen.

In den ersten 4 Wochen kann das Lehrverhältnis durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden, wenn eine längere Frist hierüber nicht vereinbart war. Unzulässig ist eine Vereinbarung, wonach die sogenannte „Probezeit" mehr als drei Monate betragen soll. Seitens der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters des Lehrlings kann nach Ablauf der Probezeit das Lehrverhältnis auch aufgelöst werden, wenn der Lehrherr oder dessen Vertreter sowie auch Familienangehörige desselben ihn zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen, die wider die Gesetze oder guten Sitten verstoßen, wenn der schuldige Lohn nicht in der bedungenen Weise ausbezahlt wird, oder wenn bei Fortsetzung der Arbeit Leben oder Gesundheit des Lehrlings einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würden, welche bei Eingehung des Lehrvertrags nicht zu erkennen war. Auch durch den Tod des Lehrherrn gilt der Lehrvertrag als aufgehoben, wenn die Aufhebung binnen 4 Wochen beansprucht wird. Schließlich kann das Lehrverhältnis jederzeit aufgelöst werden, wenn eine schriftliche vierwöchige Kündigung dem Lehrherrn mit der Begründung zugesandt wird, daß der Lehrling zu einem andern Beruf übergehen soll. Allerdings darf dann der Lehrling vor Ablauf von 9 Monaten das Lehrverhältnis in demselben Berufszweig nicht fortsetzen.

Während der Kriegszeit kann das Lehrverhältnis aufgelöst werden, wenn zum Beispiel der Lehrherr zum Kriegsdienst eingezogen wird und dadurch der Betrieb ohne Aufsicht ist oder völlig eingestellt werden muß. Stellt dagegen der Lehrherr als Vertreter im Betrieb eine geeignete Person, welche die Befähigung und Berechtigung zum Anlernen und Ausbilden von Lehrlingen besitzt, so kann das Lehrverhältnis ohne dessen Zustimmung nicht gelöst werden. In allen Fällen mögen die Eltern oder der gesetzliche Vertreter des Lehrlings beachten, daß vor dem Fortnehmen des Lehrlings die sehr häufig im Lehrvertrag nicht enthaltenen Instanzenwege — als Innungen, Gewerbegerichte usw. — beschritten werden müssen mit dem Antrag der Aufhebung des Lehrvertrags resp. des Lehrverhältnisses. —

** **Bezüglich der Butter- und Fettmarken für den Monat März** wird vom Magistrat folgendes angeordnet: 1. Die Gültigkeit der Fettmarke Nr. 2 sowie der Buttermarke Nr. 5 wird bis zum 31. März verlängert. 2. Die Fettmarke Nr. 3 sowie die Buttermarke Nr. 6 werden vom 23. März ab als gültig erklärt, und zwar wird die Gültigkeitsdauer der Fettkarte Nr. 3 bis zum 31. März, diejenige der Buttermarke Nr. 6 bis zum 10. April verlängert. 3. Die Fettmarke Nr. 4 darf bis auf weiteres nicht angenommen werden. 4. In allen Verkaufsstellen von Butter und andern Speisefetten ist diese Bekanntmachung an einer den Käufern deutlich sichtbaren Stelle zum Aushang zu bringen. —

— **Was als Nahrungsmittel verkauft wird.** Trotz aller Feststellungen über Lebensmittel-Verfälschungen durch die Nahrungsmittel-Unterfuchungsämter zu Insterburg hat Waren aus den Regierungsbezirken Allenstein und Gumbinnen untersucht und dabei festgestellt: Tilsiter Käse enthielt 4 Proz. Gips und 1 Proz. Kochsalz. Herzgestellt war er wie Magerkäse, Margarinekäse war völlig ungenießbar und mit Maden durchsetzt. Bei Fleischwürsten betrug der Wassergehalt bis zu 8,5 Proz. Rindfleisch-Konserven waren vollkommen verdorben. Sülze hatte einen Wassergehalt von 21 Proz. Pichelsteiner Fleisch enthielt 5 Proz. Rindfleisch, daneben Kartoffeln und Gemüse. Dauerwürste waren aus minderwertigen und verdorbenem Fleische hergestellt und enthielten deshalb Kochsalz bis zu 14 Proz. Rauchfleisch war vielfach verdorben. Fleischwürste hatten bis zu 7 Proz. Stärke. Getreidemehl bestand aus zwei Drittel Gips und einem Drittel Sägemehl!! —

— **Keine Selbstbereitung von Seifen.** Vom Kriegsausschuß für Oele und Fette wird uns geschrieben: Seitdem eine gewisse Knappheit an Seifen eingetreten ist, wird den Hausfrauen vielfach empfohlen, aus häuslichen Fettresten und dergleichen sich selbst Seife herzustellen. Dieser wohlgemeinte Rat dürfte in Unkenntnis der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen erteilt werden. Durch die Bundesratsverordnung vom 6. Januar 1916 ist nämlich die Verwendung von Fetten und Oelen zur Seifenherstellung verboten. Sie darf nur im Wege der Ausnahme erfolgen, wenn eine besondere Genehmigung seitens des Reichskanzlers erteilt wird. Die Selbstbereitung von Seifen im Hause ist schon aus dem Grunde unzulässig, weil hierbei das wertvolle Glyzerin, das in den Fetten enthalten ist, nicht gewonnen werden kann und verlorengeht. Da das Glyzerin einer unsrer wichtigsten Kriegsrohstoffe ist, bedeutet jede Vergeudung dieses wertvollen Materials eine Beeinträchtigung der Landesverteidigung. Mit den geringen Vorräten an vorhandenen Seifen sollte in den Haushaltungen auf das sparsamste gewirtschaftet werden. Noch immer wird bei der Wäsche in unverantwortlicher Weise Seife vergeudet. In vielen Fällen wird hochwertige Kernseife oder Schmierseife verwendet, wo der angestrebte Zweck ebenso gut durch die Verwendung eines billigen Waschpulvers erreicht werden kann. Vor allem aber sollte gegenwärtig ganz davon abgesehen werden, Seifen oder Seifenpulver zum Reinigen von Geschirr oder zu Scheuerzwecken zu verwenden. Für diese Zwecke sollte ausschließlich eine warme Sodalösung benutzt werden, die dieselben Dienste leistet wie die wertvolle Seife. —

— **Kriegsanleihezeichnungen bei der Sparkasse.** Bei der städtischen Sparkasse wurden für die vierte Kriegsanleihe 15 Millionen Mark gezeichnet. Beteiligt sind daran die Zeichner mit 7, die Sparkasse selbst mit 8 Millionen. Für die dritte Kriegsanleihe wurden ebenfalls 15 Millionen bei der Sparkasse gezeichnet. Hierbei brachten die Zeichner 11 Millionen auf, während die Sparkasse 4 Millionen zeichnete. —

— **Beratungsstellen für kriegsbeschädigte Handwerker.** Im Einverständnis mit den Handwerkskammern in Magdeburg, Erfurt und Halle hat die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Sachsen bei den dortigen örtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen, d. i. in Magdeburg und Erfurt der Magistrat, in Halle der Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge für Halle und Saalkreis, Roter Turm, Sonderberatungsstellen ausschließlich für kriegsbeschädigte Handwerker und gelernte Fabrikarbeiter eingerichtet. Mit Rücksicht darauf, daß eine sachgemäße Beratung für kriegsbeschädigte Handwerker nur von Kennern des Handwerks und seiner Erfordernisse ausgeübt werden kann, ist bei diesen Stellen besonderer Wert darauf gelegt worden, daß sie durch Praktiker erfolgt. Eine erforderliche Weiterausbildung auf Fachschulen usw. für Kriegsbeschädigt erfolgt durch Vermittlung der Kriegsbeschädigtenfürsorge unentgeltlich. Ebenso werden die durch Reisen nach den Sonderberatungsstellen und den Aufenthalt am Ort entstehenden Kosten auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge übernommen. Erforderlich ist nur, daß die Anmeldung rechtzeitig durch Vermittlung der zuständigen Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte (Magistrat oder Landratsamt) geschieht! Es ist zu empfehlen, erst Auskunft bei den Sonderberatungsstellen zu holen, bevor man den Beruf wechselt. —

** **Saatkartoffeln.** In der behördlichen Bekanntmachung vom 18. März wurden die Namen der Händler, die Saatkartoffeln durch die Vermittlung der Stadt verkaufen, bekanntgemacht. Der Magistrat weist die Bevölkerung darauf hin, daß der Verkauf nicht mehr bei Herm. Grasemann, Leiterstraße 14, sondern bei Herrn Hermann Lübeck, Hasselbachstraße 3, stattfindet. —

** **Ungarische Eier.** Von Seiten des Provinz-Einkaufs Sachsen ist dem Magistrat eine kleinere Menge frischer ungarischer Eier zu besonders billigem Preise zur Verfügung gestellt worden, welche von Donnerstag den 23. März an in den städtischen Verkaufsstellen zum Preise von 12 Pf. für das Stück zum Verkauf gelangen. Um eine möglichst große Zahl von Käufern beteiligen zu können, erfolgt Abgabe in Mengen von höchstens 5 Stück gegen Vorzeigung der Brotkarte, welche, um mehrmalige Käufe zu verhindern, entsprechend gekennzeichnet werden wird. —

— **Gestohlen** wurden in letzter Zeit aus einem Schuppen auf dem Neustädter Güterbahnhof elf Füllschrauben aus Rotguß; am 20. abends aus einem unverschlossenen Laden in der Königstraße ein weißer Karton mit 5 Pfund Konfekt; am 21. vormittags aus einem unverschlossenen Fahrradaufbewahrungsraum in der Olvenstedter Straße ein Fahrrad „Brandenburg". —

— **Eine städtische Wurstfabrik.** Die Stadtgemeinde Straßburg i. E., die in der Milchversorgung und Milchbeschaffung schon früher geradezu vorbildlich vorgegangen ist, hat jetzt aus städtischen Mitteln mit einem Kostenaufwand von rund 112 000 Mark eine Wurstfabrik und Fleischhalle eröffnet. Es sollen in dieser Fabrik die Fleischvorräte, die in den städtischen Gefrierhallen eingelagert sind, zur Verarbeitung gelangen. —

— **Von der zeitlichen Grenze der Gemeindesteuer.** Der § 60 des Kommunalabgaben-Gesetzes bestimmt unter Ziffer 2b: „Die Steuerpflicht erlischt b) durch das Aufgeben des Wohnsitzes, Sitzes oder Aufenthalts mit dem Ablauf des Monats, in welchem der Wohnsitz, Sitz oder Aufenthalt tatsächlich aufgegeben worden ist; sofern jedoch bis zu diesem Zeitpunkt der Gemeindebehörde hiervon keine Anzeige gemacht ist, erst mit dem Ablauf des folgenden Monats."

Um die Anwendung dieser Bestimmung handelte es sich in einem Rechtsstreite, den Noblendorf gegen den Magistrat zu Charlottenburg führte. N. war tatsächlich schon am 23. September 1914 von Charlottenburg nach Schöneberg verzogen, der Hauswirt hatte aber die Meldung von diesem Fortzug erst am 1. Oktober 1914 an die Behörde gelangen lassen. Darauf hatte der Magistrat von Charlottenburg N. noch für den Oktober zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen. N. klagte auf Freistellung der Steuer für diesen einen Monat und machte geltend, daß er doch nicht unter dem Versehen des Hauswirts leiden könne. Das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz wies jedoch die Klage mit der Begründung ab: Wie das Gesetz (§ 60 Ziffer 2b) nun einmal laute, könne dem Kläger nicht geholfen werden. Es genüge nicht, daß er rechtzeitig bei dem Hauswirt die Meldung erstattete. Sie hätte eben rechtzeitig bei der Behörde eingehen müssen. Da sie dort aber erst am 1. Oktober eingegangen sei, so habe der Charlottenburger Magistrat den Kläger mit Recht noch für den Oktober zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen, wenngleich er bereits am 23. September tatsächlich fortgezogen sei. —

** **Die städtischen Metallabnahmestellen** werden am 23. März wieder eröffnet und am 31. März geschlossen. Altmetall wird nur noch am 30. März von 3 bis 5½ Uhr in der Umfassungstraße 76 a ohne vorherige Anmeldung abgenommen. Aufschub ist nur noch möglich für kupferne Waschkessel, die zurzeit nachweislich zur Bereitung von menschlicher oder tierischer Nahrung dienen, wie in Lazaretten, Volksspeiseanstalten landwirtschaftlichen Betrieben und dergleichen, und für ganze Nickel-Kocheinrichtungen deren Ersatz bis zum 1. April bestellt ist, sowie für Wasserblasen in Herden. —

— **Das geänderte Zeugnis.** Ein Sohn des Lehrers Schubert in Gleiwitz, der jetzt im Felde steht, hatte 1914 in seinem Abgangszeugnis von einem Oberlehrer der Oberrealschule für Mathematik (Arithmetik und Geometrie) mangelhaft erhalten, während in dem kurz vorher erhaltenen Vierteljahrszeugnis stand: Arithmetik genügend, Geometrie mangelhaft. Auf eine Beschwerde ordnete dann das Provinzial-Schulkollegium eine Aenderung des Zeugnisses dahin an, daß für Mathematik genügend zu schreiben sei. Die Mutter hatte deshalb kein Vertrauen zu dem fraglichen Oberlehrer und meldete ihren andern jüngern Sohn von der Realschule ab, als er vor der Versetzung in die Klasse jenes Oberlehrers stand. Auf eine Frage des Direktors Hoffmann erklärte Frau Schubert ihr Vorgehen mit einem Hinweis auf den mitgeteilten, den ältern Sohn betreffenden Vorgang. In seiner Erwiderung ließ der Direktor eine Aeußerung fallen, die den im Felde stehenden Alfred Schubert veranlaßte, durch seinen Vater die Beleidigungsklage gegen Direktor Hoffmann zu erheben. Die Klage behauptete, Direktor Hoffmann habe gesagt: „Dann hat Ihr Sohn das Zeugnis gefälscht." Der Direktor erklärte, er habe nicht das Wort gefälscht, sondern das Wort geändert gebraucht. Das Provinzial-Schulkollegium erhob zugunsten des Direktors Hoffmann den Konflikt und verlangte endgültige Einstellung des Verfahrens gegen den Direktor. Das Oberverwaltungsgericht verwarf jedoch den Konflikt als unbegründet und führte aus: Selbst dann, wenn der Direktor das Wort „geändert" gebraucht habe, liege eine Amtsüberschreitung vor. In den Worten des Direktors liege eine Ehrenkränkung des frühern Schülers. Hier könne dahingestellt bleiben, ob einem Lehrer überhaupt die Befugnis zustehe, in Ausübung der Schulzucht einem Schüler gegenüber eine ehrverletzende Aeußerung zu gebrauchen; denn jedenfalls fehle eine solche Befugnis gegenüber der Mutter eines frühern Schülers. —

— **Beschränkung der Lohnauszahlung an Jugendliche.** Einer Verordnung des Oberkommandierenden der Marken, die für die Stadt Berlin und für die Provinz Brandenburg Geltung hat, entnehmen wir: An jugendliche Personen beiderlei Geschlechts darf bis zu ihrem vollendeten 18. Lebensjahre von ihrem baren Arbeitsverdienst, gleichgültig, ob dieser nach Zeitlohn, Stücklohn oder auf andre Weise berechnet ist, für jede Woche nicht mehr als 18 Mark und außerdem ein Drittel des 18 Mark übersteigenden Betrags ausgezahlt werden. Dabei sich ergebende Beträge von weniger als 1 Mark sind ebenfalls bar auszuzahlen. Der nicht auszuzahlende Teil des baren Arbeitsverdienstes ist vom Arbeitgeber binnen 5 Tagen nach jedem Löhnungsabschnitt bei einer öffentlichen Sparkasse auf den Namen des Jugendlichen auf ein Sparkassenbuch mit der Maßgabe einzuzahlen, daß über das Guthaben während der Dauer des Kriegszustandes nur mit Zustimmung des Gemeindevorstandes des jeweiligen Aufenthaltsortes des eingetragenen Inhabers verfügt werden darf. Das Sparkassenbuch bleibt in Verwahrung und Verwaltung der Sparkasse. Der Gemeindevorstand des jeweiligen Aufenthaltsortes des Jugendlichen darf während der Dauer des Kriegszustandes die Zustimmung zu Auszahlungen aus den Sparguthaben nur erteilen, wenn das wohlerwogene Interesse des Jugendlichen es ausnahmsweise erfordert. —

Theater, Konzerte, Zirkus 2c.

Besprechungen.

Wilhelm-Theater. „Der fidele Bauer" war dazu ausersehen, dem beliebtem Darsteller Wilhelm Wilhelmi zu seinem Benefiz Ehrungen mancherlei Art erweisen zu lassen. Der Benefiziant trat in der Rolle des Matthäus Scheichelroither auf, jener fast bodenständig angelegten Figur, die wie alle Vertreter der Volkstümlichkeit auf der Bühne vom Publikum, oft vielleicht unbewußt, mit besonderm Interesse verfolgt werden. Der Künstler verstand vom ersten Auftritt an, seinem Publikum die sympathische Figur des väterlichen Scheichelroither noch sympathischer zu machen und erreichte mit seinen Spielpartnern Szenen von ausgezeichneter Wirkung, so daß das Publikum den Künstler in Anerkennung des Erfolgs mit Blumen und Beifall in verdienter Menge und Güte auszeichnete. —

Mitteilungen der Direktionen.

Zirkus Schumann beginnt am 1. April sein Gastspiel in Köln, mithin finden am Sonntag den 26 d. M. die letzten Vorstellungen hierselbst statt. Sonnabend nur Nachmittagsvorstellung. Ein Kind frei. M174

Stadttheater. Freitag Gastspiel des königlichen Schauspielers Hans Mühlhofer in „Egmont", Sonnabend „Jugendfreunde" und Sonntag abend „Hänsel und Gretel" in Verbindung mit dem Ballett „Coppélia". —

Zentraltheater. Die Operette „Waldmeister" wird in denkbar bester Besetzung geboten werden. Die Ausstattung ist wiederum erstklassig und vornehm. —

Städtisches Orchester. Sonnabend den 25. März großes Volkskonzert im Zirkus, Leitung Kapellmeister Blumann. Eintrittskarten im Vorverkauf und bei Heinrichshofen. —

jetzt haben, durch die Erfahrungen des Krieges sich davon belehrt zeigen, daß es unbedingt notwendig ist, den Gemeinden zu helfen. (Sehr richtig! links.)

Für die Resolutionen, die sich gegen die Erschließung neuer Einnahmequellen für das Reich durch direkte Besteurung von Vermögen oder Einkommen wenden, können wir nicht stimmen. Wenn im bayrischen Landtag eine solche Resolution angenommen ist, so beweist das nicht, daß sie gut ist. Wir werden sie genau so wie meine Freunde im bayrischen Landtag ablehnen, denn wir erblicken darin einen erneuten Versuch,

das Reich auf den Weg der indirekten Besteurung zu drängen.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr v. Hassell hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß das die Absicht der Antragsteller ist. Herr v. Hassell hat sich auf einen Artikel meines Parteifreundes Kolb bezogen. Wenn Kolb schreibt: „Indirekte Reichssteuern sind für das Reich jetzt absolut unentbehrlich; die Forderung, alle indirekten Steuern aufzuheben und durch direkte zu ersetzen, ist eine Utopie", so ist das die Ansicht eines einzelnen Sozialdemokraten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ob mein Parteigenosse Kolb mit dieser Ansicht irgendwelche Proselyten machen wird, müssen wir abwarten. Vorläufig weiß noch niemand von uns, welchen Standpunkt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu den neuen Steuervorlagen einnimmt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist jedenfalls vollständig einmütig darin, daß wir indirekte Steuern entsprechend dem Erfurter Parteiprogramm abzulehnen haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nicht Aeußerungen einzelner Sozialdemokraten, sondern allein das Programm, auf Grund dessen wir gewählt sind, ist für uns maßgebend. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir fordern gerade im Gegensatz zu der Resolution der Kommission einen

Ausbau der direkten Steuern auch durch das Reich,

weil wir die direkten Steuern für die einzig und allein gerechten halten. Und daß das Reich die Möglichkeit hat, die direkten Steuern noch erheblicher auszubauen, wird Ihnen hoffentlich klar werden durch die Anträge, die meine Freunde im Reichstag zu den dort jetzt zur Beratung stehenden Steuervorlagen stellen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man hat gesagt, durch zu hohe direkte Steuern werde die Akkumulation des Kapitals gehindert und der Unternehmungsgeist dadurch geschwächt. Dieser Grund ist längst durch die Erfahrung widerlegt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wo soll denn die Grenze sein, von der ab der Unternehmungsgeist geschwächt wird, wenn die Steuer zu hoch ist? Bei einer Steuer von 100 Prozent würde allerdings niemand mehr ein Interesse daran haben, etwas zu unternehmen, wenn er doch dem Staate alles geben muß. Aber daß der Unternehmungsgeist geschwächt wird deshalb, weil man 8 Prozent Steuern auf dem Altar des Vaterlandes opfern soll, glaube ich sicher nicht, noch dazu, wo von diesen 8 Prozent 3 Prozent ausdrücklich eine Kriegssteuer sind, die die Lasten des Staates mit tragen helfen sollen, die der Krieg uns aufgebürdet hat. Täuschen wir uns darüber nicht: die Resolution bedeutet den Versuch,

die Lasten des Krieges zum größten Teile wieder auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Einer Handvoll Produzenten zuliebe sollen die Krieger, wenn sie aus den Schützengräben heimkehren, noch weiter für die notwendigsten Lebensmittel unerschwinglich hohe Preise zahlen. Das ist der Dank, den Sie unsern Kriegern abstatten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) So will's Preußen, und Sie hoffen, Ihren Willen dem Reichstag und dem Bundesrat aufzuzwingen. Wir hoffen aber, daß nicht der Wille des Preußischen Abgeordnetenhauses in dieser Frage maßgebend sein wird, sondern der Wille der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, und wir sind der festen Zuversicht, daß der Reichstag Ihnen einen Strich durch die Rechnung machen wird. (Beifall b. d. Soz.)

Am Mittwoch hält das Abgeordnetenhaus die letzte Sitzung vor der Vertagung ab, die bis Ende Mai eintreten soll. Es dürfte eine kurze Sitzung werden, Anträge, kleine Vorlagen, Petitionen und der Kommissionsbericht über die Teurungszulagen der Staatsangestellten stehen auf der Tagesordnung. —

Was der Krieg bringt.

Staatsangestellte und Steuervorlagen.

In einer Doppelnummer nimmt die von der Zentralstelle des Reichskartells der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten in Elberfeld herausgegebene „Reichskartell-Korrespondenz" Stellung zu den neuen Steuervorlagen. Das Organ der 130 000 Mitglieder zählenden Verbände kündet entschiedenen Widerstand gegen jede weitere Belastung der breiten Volksschichten an und begründet diese seine Stellung in einer Reihe von Artikeln. Da wird über die Frage, ob Besitz- oder Verbrauchssteuer, gesagt:

Herr von Heydebrand sieht schon angesichts der 100 Millionen Zuschläge zur preußischen Einkommensteuer jede weitere Heranziehung des Besitzes durch das Reich als eine Art Konfiskation an. Wir sind aus Gründen, die an andrer Stelle noch eingehender behandelt werden, der gegenteiligen Ansicht, nämlich, daß der Besitz in erster Linie die Pflicht hat, die Steuerlasten der Zukunft auf sich zu nehmen. Wer soll denn sonst den Mehrbedarf an Steuern aufbringen? — etwa die untern Volksschichten? Die haben ihre Kriegssteuern für längere Zeit im voraus vermittels der heute herrschenden Warenpreise gezahlt, ohne, wie schon einmal gesagt, in ihrer Eigenschaft als Produzenten gleich den andern Produzentengruppen während des Krieges finanzielle „Anreize zur Produktion" erhalten zu haben.

In einem andern Artikel heißt es:

Ein Spiel mit Worten ist es, wenn in der Begründung wieder der veraltete Satz aufgestellt wird, das Reich müsse sich mit „indirekten" Steuern behelfen. Uns ist nicht recht klar, was an der in der Kriegsgewinnsteuer enthaltenen Vermögenszuwachssteuer noch „indirekt" sein soll. Würde obiger Satz in seiner engsten Auslegung tatsächlich weiter bestehen bleiben, dann blieben ja in Zukunft dem Reiche weiter nichts als Zölle (vielleicht erhöhte!), Monopole und Verbrauchssteuern als Geldquellen übrig. Der Tabaksteuer würden wahrscheinlich sehr schnell Bier-, Branntwein-, Salz-, Kaffee-, Zucker-, Petroleum-, Mehl-, Gewürzsteuern usw. folgen. Und das nach einem siegreichen Kriege, während dessen die große Mehrheit der untern Volksschichten — im Gegensatz zu den englischen Angestellten und Arbeitern — auf jeden nennenswerten finanziellen „Anreiz zur Produktion" verzichten mußte und außerdem in Form von einer fast verdoppelten Verteurung der Lebenshaltung ungeheuer große materielle Kriegsopfer brachte. Mit derartigen Steuerexperimenten würde man, um mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu reden, die „Arbeitsfreude" der kleinen Beamten, Angestellten und Arbeiter recht erheblich stören. Vielleicht auch die innerpolitische Entwicklung, wie sie von dem leitenden Staatsmann des Reiches angestrebt wird. Viel zu hoffen ist ja nach dieser Richtung ohnehin nicht mehr. Das weiß jeder, der die Stimmung des Volkes über die gutwillige, aber sehr schwächliche Haltung der Reichsregierung in den Volksernährungsfragen kennt.

Sehr deutlich wird dann zum Ausdruck gebracht, daß neue Verbrauchssteuern geradezu als ein Verzweiflungsprodukt betrachtet werden müßten:

Einstweilen sind wir von der Notwendigkeit neuer Verbrauchssteuern nicht überzeugt. Es sind noch andre, recht ergiebige Steuerquellen da. Verbrauchssteuern mögen für den Gesetzgeber „bequem" sein — sie stellen keine neue Steuerart dar und erfordern wenig Kopfzerbrechen —; für den Verbraucher, der zu jeder Verbrauchssteuer noch den doppelten und dreifachen Zuschlag derselben vom Handel aufdiktiert bekommt, sind sie sehr „unbequem". Wir [illegible] vornherein mit aller Entschiedenheit [illegible] aufstellen:

[illegible] Not, nach der wirklichen reit[illegible] Erschöpfung aller übrigen Steuerquellen wirklich zur Einführung von Verbrauchssteuern, dann hat sich die Staatsgewalt unter Mitwirkung der Konsumenten von vornherein den notwendigen Einfluß auf die Preisbildung der betreffenden Waren zu sichern.

Beiläufig bemerkt: Auf die Spitze getriebene Verbrauchssteuern haben in der Geschichte der Völker als Vorboten großer Ereignisse immer eine recht bedenkliche Rolle gespielt.

Schließlich wird gefordert, daß die Angestellten und Arbeiter der staatlichen Verkehrsanstalten zu dem Mittel der Selbsthilfe im Kampfe um eine vernünftige Steuerpolitik greifen sollen:

Sollten wir hier und da einmal eine notwendige Korrektur an Parteipolitikern oder Parteien vornehmen müssen, die eine staatsangestelltenfeindliche Steuerpolitik befürworten, so bedeutet das noch lange keine Verletzung der parteipolitischen Neutralität, sondern nur Wahrung berechtigter Staatsangestellteninteressen und eine notwendige Erziehungsarbeit, die an den bürgerlichen Parteien schließlich doch einmal begonnen werden muß. Denn bisher fanden auch in der Steuerpolitik die Interessen der Landwirtschaft und des Handels eine viel stärkere Berücksichtigung als die der Konsumenten.

Wir erwarten, daß uns die Mitglieder der Reichstarifverbände bei dieser letztgenannten Erziehungsarbeit in allen Wahlkreisen recht tatkräftig unterstützen werden. Schon jetzt bitten wir unsre Kollegen in den Wahlkreisen dringend, den in Frage kommenden Abgeordneten ebenso höflich wie bestimmt die Ansicht der Staatsangestellten über die Steuerpolitik der Zukunft, unter Betonung ihrer zahlenmäßigen Bedeutung bei politischen Wahlen, brieflich zu übermitteln. Ebenso sollten die Leitungen aller Staatsangestelltenverbände, ohne Unterschied der Richtung, dem Herrn Staatssekretär vom Reichsschatzamt ihre Steuerwünsche übermitteln, verbunden mit dem Hinweis, daß Steuerpolitik fortan nicht mehr das alleinige Monopol der Parteien sei, vielmehr die wirtschaftlichen Organisationen der Staatsangestelltenverbände entschlossen sind, unabhängig von parteipolitischen, Hansa- oder Landwirtsbündlerischen Wünschen ihre Steuervorschläge zu vertreten und an den Steuerplänen der Regierung und Parteien gründliche und sachliche Kritik zu üben.

An der Stellung der Sozialdemokratie in der Steuerfrage werden die Staatsangestellten und Arbeiter vermutlich keine Korrektur vorzunehmen haben. Bei der geplanten Umfrage bei den Abgeordneten wird das leicht festzustellen sein. —

* *

Eine Rechnung für Arbeiter.

Die „Chemnitzer Zeitung" brachte vor kurzem folgende Notiz:

Für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen in der Industrie entsprechen die Rückvergütungen für Verpflegung und Unterkunft keineswegs den jetzigen hohen Lebensmittel- und Materialienpreisen und legen daher den Werken, welche Kriegsgefangene beschäftigen, eine nicht unerhebliche Zubuße auf. Der Normalsatz für die Unterkunft in Höhe von 0,15 Mark für den Tag und Kopf könnte einigermaßen als ausreichend betrachtet werden, sofern eine sehr große Anzahl von Kriegsgefangenen an ein und derselben Stelle untergebracht werden kann. Dagegen trägt der Satz für die Verpflegung auch jetzt der fortdauernden Teurung der Lebensmittel nicht genügend Rechnung. Die Selbstkosten dürften jetzt mindestens, wenn man die bei der Militärverwaltung eingesetzte Skala berücksichtigt, bei einer Beschäftigung von 1 bis 50 Mann je 1,80 Mark für einen Tag, von 51 bis 200 Mann je 1,70 Mark für einen Tag und von mehr als 200 Mann je 1,60 Mann je 1,60 Mark für einen Tag betragen. Der stellvertretende Kriegsminister, der Handelsminister und der Staatssekretär des Innern sind ersucht worden, im Interesse der Industrie die Verpflegungssätze so bald als möglich auf die angegebenen Zahlen zu erhöhen.

Dazu macht der „Proletarier" folgende treffende Bemerkungen:

Diese Notiz sowie die erwähnte Eingabe an die Regierung erhärten ein wichtiges Zugeständnis. Es wird darin gesagt, daß die täglichen Selbstkosten für die Verpflegung eines Kriegsgefangenen 1,80 Mark täglich betragen, wenn nicht mehr als 50 Gefangene gleichzeitig verpflegt werden können. Damit ist eine außerordentliche Verteurung der Lebenshaltung von den Unternehmern ausdrücklich anerkannt. Zugleich aber haben die Herren so etwas wie ein Existenzminimum festgelegt. Wir dürfen doch wohl erwarten, daß die Unternehmer, die ihren Patriotismus ja meist recht deutlich ins Licht rücken, ihren Arbeitern nicht zumuten werden, mit weniger pro Tag auszukommen, also sich schlechter zu ernähren als die Kriegsgefangenen ernährt werden. 1,80 Mark pro Tag muß also jeder Arbeiter für seine Ernährung allermindestens einsetzen dürfen! Es wird auch, so hoffen wir, jeder einsichtige Unternehmer [illegible] daß die Frau eines Arbeiters für [illegible] Ernährung mindestens denselben Betrag haben muß, der für einen Kriegsgefangenen aufgewendet wird, also gleichfalls 1,80 Mark pro Tag. Für die größeren Kinder wird man eigentlich nicht viel weniger einsetzen können. Weil das jedoch schwerer zu bemessen ist, wollen wir für jedes Kind nur durchschnittlich die Hälfte, also 90 Pfg. pro Tag, als Ernährungskosten ansetzen. Eigentlich müßten ja alle diese Summen etwas nach oben abgerundet werden, denn die Familie kann nicht so im großen und deshalb auch nicht so billig einkaufen wie der Unternehmer, der 50 Gefangene beköstigen muß. Doch lassen wir es bei den von den Unternehmern als Mindestbetrag ausgerechneten Summen und stellen wir darnach ein Exempel auf, um zu ermitteln, was denn heute eine Familie zur Ernährung braucht. Wir nehmen die deutsche Durchschnittsfamilie, die aus Mann, Frau und drei Kindern besteht. Diese hätte dann für die Ernährung aufzuwenden pro Woche:

Für den Mann . . .	7 × 1,80 Mk.	=	12,60 Mk.
Für die Frau . . .	7 × 1,80 „	=	12,60 „
Für drei Kinder	3 × 7 × 0,90 „	=	18,90 „
Für die Familie pro Woche			**44,10 Mk.**

Vierundvierzig Mark und zehn Pfennig pro Woche allein für die Ernährung! Und das bei Beschränkung auf das Alleräußerste, bei Vermeidung aller überflüssigen Ausgaben! Denn die Ernährung der Kriegsgefangenen ist Beschränkung auf das Notwendigste unter Ausschaltung aller Ausgaben für Genußmittel. Deshalb ist es gewiß auch nicht zuviel verlangt, wenn wir für die Ernährung der Arbeiterschaft allermindestens den Betrag als Kosten ansetzen, den die Unternehmer für die Beköstigung der Kriegsgefangenen fordern.

Diese Rechnung für Arbeiter wird sicher vielfache Zustimmung finden. —

Ein Park von Kinderwagen.

Ueberaus lebendige Schilderungen aus den Tagen der Räumung Verduns entwirft der mit dem Abtransport der Zivilbevölkerung betraut gewesene Unterpräfekt Jean Grillon. Dieser Abtransport war durch den Mangel an Eisenbahnwagen besonders erschwert. In drangvoll fürchterlicher Enge mußten die armen Flüchtlinge auf den offenen Viehwagen der lokalen Kleinbahn untergebracht werden. Sechzig Personen wurden dabei auf den Raum zusammengepfercht, der planmäßig für drei Pferde bestimmt war. Dazu kamen Regen, Schnee und Frost. Zwölf Stunden brauchten diese Unglückszüge, um Bar-le-Duc zu erreichen, und diese 12stündige Fahrt im offenen Viehwagen durch Schnee, Eis und Kälte kostete gar manchem Kind das Leben.

Noch eine Einzelheit von erschütternder Eindringlichkeit schildert der Präfekt: „Eine große Zahl flüchtender Mütter benutzte zur Beförderung ihrer Kleinen die Kinderwagen, die sie vor sich herschoben. Aber diese Wagen nahmen zuviel Platz weg und hinderten den raschen Fortgang der Räumung der Stadt. Trotz der inständigen Bitten der Mütter, ihnen die Wagen zu lassen, waren wir gezwungen, die Kinder herauszunehmen, um die Wagen beiseitezubringen. Mit Staunen sahen später die Truppen, die zu den Kämpfen nach N. hinauszogen, auf einem weiten Gelände in der Nähe des Bahnhofs Hunderte von diesen kleinen Wagen, die den Launen der Witterung, des Sturmes und des Regens hilflos überlassen waren. Es war ein Wagenpark von leeren Kinderwagen, der in dieser Verlassenheit ein Bild der Hilflosigkeit entrollte, das rührend wirkte."

* * *

Das Urlaubstelegramm.

Der „Temps" vom 26. Februar erzählt folgendes hübsche Geschichtchen von einem französischen Landwehrmann, der auf Urlaub in die Heimat fahren wollte:

Daheim habe er Frau und Kinder. Die hätte er gern vom Etappenort aus telegraphisch benachrichtigt. Seine Finger waren im Kriegsdienst etwas steif geworden, und die Abfassung des Telegramms war überhaupt nicht leicht. Es gibt Telegramme, die einem so viel Mühe machen wie ein Liebesbrief, und schließlich war dieses Telegramm ja auch so etwas wie ein Liebesbrief. Nun stand er vor dem Schalter, sein Blatt Papier in der einen Hand, ein Frankstück in der andern.

„Sind Sie Soldat?" fragte der Beamte. — „Allerdings!" Und der Landwehrmann beeilte sich, seine Papiere auszubreiten. — „Ist nicht nötig," sagte der Beamte. „Daß Sie Soldat sind, sieht man ja. Aber es ist den gewöhnlichen Postämtern hier verboten, Telegramme von Militärs anzunehmen." — „Aber ich telegraphiere ja keine Nachrichten von der Front. Es ist doch nur, um meiner Frau und meinen Kindern zu sagen, daß ich Urlaub habe. Lesen Sie doch!"

Aber der Beamte hatte nun einmal seine „Instruktion". „Verfluchte Geschichte!" brummte der arme Urlauber. Aber in seiner Verzweiflung fiel ihm eine Frage ein: „Wenn nun ein Zivilist, ein richtiger Zivilist in Zivil, Ihnen diese Depesche brächte, würde sie dann angenommen?"

„Natürlich," antwortete der Mann am Schalter.

Der Urlauber durchflog mit seinen Augen das ganze Postamt. Es war leer, bis auf eine Frau. Und diese Frau war jung und sah gar nicht böse aus, sie war sogar recht hübsch und gerade damit beschäftigt, eine Marke auf einen Brief zu kleben und ihn in den Kasten zu werfen.

Da sprang er auf sie zu: „Gnädige Frau!" Sie sah ein wenig erschrocken drein, denn bei diesen Soldaten, die von der Front kommen, weiß man ja nie, was für Wünsche sie haben. Aber der furchtbare Mensch fuhr fort: „Gnädige Frau, wollen Sie nicht meine Kriegspatin sein?" Er schrie das in einem Tone, als wenn er sagen wollte: Keinen Widerstand, oder ich bringe Sie um!

Die Dame strebte nach dem Ausgang: aber entschlossen vertrat er ihr den Weg; lieber sterben, als einen Gefangenen entweichen lassen. Aber er mäßigte jetzt wenigstens seine Stimme: „Hören Sie mich doch an, gnädige Frau; ich bin Landwehrmann, verheiratet, Familienvater. . . ."

Da atmete die hübsche Dame auf und zog ihre Geldbörse aus dem Täschchen. Das war zwar noch ein Mißverständnis, aber nun konnte man doch wenigstens miteinander reden. Und einige Sekunden später stand die junge Frau am Schalter und lachte vor Vergnügen. Auch der Urlauber wollte sich halbtot lachen, und selbst der Beamte stimmte in die allgemeine Fröhlichkeit ein und meinte: „So so, Sie haben den Trick entdeckt! Ich durfte es Ihnen nicht sagen, wie man's anfangen muß. Aber nun soll mir's gleich sein. Ist die gnädige Frau eine Zivilperson? Ja oder nein? . . ." —

* * *

Verlustliste Nr. 484.

Von Truppenteilen, denen Truppen aus unserm Verbreitungsbezirk angehören, weist die Liste auf: Infanterie-Regiment Nr. 27, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 27, Infanterie-Regiment Nr. 52, Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 93, Infanterie-Regiment Nr. 165, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 217 und Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 263. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 22. März 1916.

Zur Lage der Straßenbahnen.

Seit einiger Zeit macht sich das lebhafte Bestreben der Straßenbahnen bemerkbar, den Einheitstarif von 10 Pfg. auf 15 Pfg. zu erhöhen. Zunächst war es die Große Berliner Straßenbahn, die im vorigen Jahre beim Verband Groß-Berlin eine Erhöhung des Tarifs beantragte, zunächst ohne Erfolg. Im neusten Geschäftsbericht führt die Verwaltung aber aus, daß der Antrag wiederkommen werde, da die Neuregelung des Tarifs im Interesse des gesunden Fortbestandes des Unternehmens dringend nötig sei. Nun hat in diesem Jahre der Verein deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnenverwaltungen eine außerordentliche Hauptversammlung abgehalten, in der die Tariffrage behandelt und eine Erhöhung des Einheitstarifs auf 15 Pfg. verlangt wurde. Bemerkenswert ist, daß auch Städte mit eignen Straßenbahnen für eine solche Erhöhung eintreten. Auf der Versammlung der Bahnverwaltungen wurden die finanziellen Ergebnisse der Straßen- und Kleinbahnen im ersten Kriegsjahr zum Beweis dafür angeführt, daß eine Erhöhung eintreten müsse. Nach unsrer Meinung darf man aber nicht mit den Ergebnissen des ersten Kriegsjahrs operieren, schon deswegen nicht, weil das zweite Jahr schon wieder eine Besserung zu bringen scheint. Dann muß man aber auch die eigentlichen Straßenbahnen von den übrigen Kleinbahnen bei der Beurteilung des finanziellen Rückgangs im ersten Kriegsjahr trennen. Für die in Form von Aktiengesellschaften betriebenen Unternehmungen gestalteten sich dann die finanziellen Ergebnisse der eigentlichen Straßenbahnen und der sonstigen Kleinbahnen, soweit sie im Jahre 1915 ihre Rechnungsergebnisse veröffentlicht haben, folgendermaßen: Es betrugen vergleichbar mit dem Jahre zuvor bei den

	Gesellschaften	Aktienkapital in Millionen Mark		Dividende in Prozent			
Straßenbahnen		1913/14	1914/15	1913/14	1914/15	1913/14	1914/15
Abschreibungen	55	376,84	405,85	21,36	20,91	5,67	5,15
Reingewinn	60	379,57	408,58	31,64	24,71	8,33	6,05
Dividende	56	370,84	399,26	25,72	21,05	6,90	5,30
Kleinbahnen							
Abschreibungen	130	264,46	266,99	3,45	3,53	1,31	1,32
Reingewinn	143	277,46	286,87	9,10	6,72	3,67	2,84
Dividende	135	247,12	252,57	5,45	4,10	2,20	1,60

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß die Erträgnisse bei den sonstigen Kleinbahnen erheblich niedriger sind als bei den eigentlichen Straßenbahnen. Auch bei den letztern haben die Erträgnisse abgenommen, aber die durchschnittliche Dividende steht doch immerhin noch über 5 Prozent gegen 1,60 Prozent bei den andern Kleinbahnen. Im Jahre 1915 dürfte bei vielen, allerdings wohl nicht bei allen Straßenbahnen wieder eine Besserung der Erträgnisse eingetreten sein. Wie sich diese Besserung auf die durchschnittlichen Ergebnisse äußern wird, das ist freilich jetzt noch nicht zu beurteilen. Die Große Berliner Straßenbahn verteilt zwar nur die gleiche Dividende wie für 1914, immerhin ist der Betriebsüberschuß von 16,37 auf 17,28 Millionen Mark gestiegen. Die Posener Straßenbahn kann bei ausreichenden Abschreibungen 9½ Prozent Dividende verteilen, die Magdeburger 9. Eine Fahrpreiserhöhung läßt sich mit diesen Abschlüssen schwerlich begründen. —

Siebenuhrladenschluß und Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Diese Fragen erörtert Warenhausbesitzer Willi Cohn (Halberstadt) in einem Artikel (abgedruckt in Nr. 21 der „Sozialen Praxis"). Er weist nach, daß der Wunsch und der Gedanke nach dem Siebenuhrladenschluß und der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auf dem Vormarsch sind und sich allen Einreden zum Trotze durchsetzen werden. Als geeignetste Zeit zur Durchführung bezeichnet Herr Cohn die gegenwärtige, welche den Geschäftsinhaber ohnehin zwingt, seine Ausgaben zu beschränken, weil die Kauflust merklich nachgelassen habe. Er verlangt auch die völlige Aufhebung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe und tritt den Bedenken, welche dagegen erhoben werden, mit beachtenswerten Gründen entgegen. Es ist ihm beizustimmen, wenn er am Schlusse seines Artikels schreibt: „Die Tätigkeit in den offenen Verkaufsgeschäften ist aufreibend genug und darf nicht zur Folge haben, daß Angestellte und Geschäftsinhaber mehr als in andern Berufen überanstrengt und an das Geschäft gebunden werden.

„Wir brauchen ein lebhaftes, gesundes Geschlecht, das über die nötige Muße verfügt, draußen in der Natur, durch gute Unterhaltung, durch Bildung und Wissen neue Kraft für den Daseinskampf zu gewinnen." Selbstverständlich verlangt Cohn, daß seine Forderungen durch allgemeine gesetzliche Bestimmungen zur Durchführung gebracht werden. Sein Artikel liefert aufs neue den Beweis, daß nicht nur die Angestellten, sondern auch die Geschäftsinhaber die Forderungen nach dem Siebenuhrladenschluß und der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in zunehmendem Maße mit Nachdruck vertreten. Man wird sich diesen Forderungen gegenüber auf die Dauer nicht taub verhalten können. —

Das Lehrverhältnis im Kriege.

Binnen kurzem werden in den Schulen wieder Tausende von Kindern entlassen. Den Eltern bereitet die Frage, was aus den Kindern werden soll, in der Kriegszeit besonders große Sorgen. Viele Väter und Lehrmeister sind im Kriege. Das ganze wirtschaftliche Leben hat tiefgehende Aenderungen erfahren.

Die Auffrischung des Gedächtnisses bezüglich der Rechte und Pflichten im Lehrlingswesen erscheint unter den besondern Verhältnissen doppelt notwendig. Auch während der Kriegszeit muß jeder Lehrvertrag binnen 4 Wochen nach Beginn der Lehre schriftlich abgeschlossen und von dem Lehrherrn, dem Lehrling und dem Vater — oder dem gesetzlichen Vertreter — des Lehrlings eigenhändig unterschrieben werden. Der Vertrag hat die Bezeichnung des Gewerbes, Dauer der Lehrzeit, Angabe der gegenseitigen Leistungen und Voraussetzungen betreffs einseitiger Auflösung des Vertrags zu enthalten, andernfalls ist er ungültig. Ansprüche des Lehrlings erlöschen, wenn sie nicht innerhalb 4 Wochen nach Auflösung des Lehrverhältnisses geltend gemacht werden.

Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling in den in seinem Betrieb vorkommenden Arbeiten des Gewerbes dem Zwecke der Ausbildung entsprechend zu unterweisen, ihn zum Besuch der Fortbildungs- und Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Auch hat er ihn gegen Mißhandlungen der Familienangehörigen zu schützen und Sorge zu tragen, daß dem Lehrling nicht Arbeitsverrichtungen angewiesen werden, welche seinen körperlichen Kräften nicht entsprechen oder nicht angemessen sein würden. Zu häuslichen Dienstleistungen dürfen Lehrlinge, die im Hause des Lehrherrn weder Kost noch Wohnung erhalten, nicht herangezogen werden. Kommt der Lehrherr oder dessen Stellvertreter diesen Verpflichtungen nicht nach, so sind die Eltern oder Vertreter des Lehrlings berechtigt, das Lehrverhältnis zu lösen und den Lehrherrn für den Schaden haftbar zu machen.

In den ersten 4 Wochen kann das Lehrverhältnis durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden, wenn eine längere Frist hierüber nicht vereinbart war. Unzulässig ist eine Vereinbarung, wonach die sogenannte „Probezeit" mehr als drei Monate betragen soll. Seitens der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters des Lehrlings kann nach Ablauf der Probezeit das Lehrverhältnis auch aufgelöst werden, wenn der Lehrherr oder dessen Vertreter sowie auch Familienangehörige desselben ihn zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen, die wider die Gesetze oder guten Sitten verstoßen, wenn der schuldige Lohn nicht in der bedungenen Weise ausbezahlt wird, oder wenn bei Fortsetzung der Arbeit Leben oder Gesundheit des Lehrlings einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würden, welche bei Eingehung des Lehrvertrags nicht zu erkennen war. Auch durch den Tod des Lehrherrn gilt der Lehrvertrag als aufgehoben, wenn die Aufhebung binnen 4 Wochen beansprucht wird. Schließlich kann das Lehrverhältnis jederzeit aufgelöst werden, wenn eine schriftliche vierwöchige Kündigung dem Lehrherrn mit der Begründung zugesandt wird, daß der Lehrling zu einem andern Beruf übergehen soll. Allerdings darf dann der Lehrling vor Ablauf von 9 Monaten das Lehrverhältnis in demselben Berufszweig nicht fortsetzen.

Während der Kriegszeit kann das Lehrverhältnis aufgelöst werden, wenn zum Beispiel der Lehrherr zum Kriegsdienst eingezogen wird und dadurch der Betrieb ohne Aufsicht ist oder völlig eingestellt werden muß. Stellt dagegen der Lehrherr als Vertreter im Betrieb eine geeignete Person, welche die Befähigung und Berechtigung zum Anlernen und Ausbilden von Lehrlingen besitzt, so kann das Lehrverhältnis ohne dessen Zustimmung nicht gelöst werden. In allen Fällen mögen die Eltern oder der gesetzliche Vertreter des Lehrlings beachten, daß vor dem Fortnehmen des Lehrlings die sehr häufig im Lehrvertrag nicht enthaltenen Instanzenwege — als Innungen, Gewerbegerichte usw. — beschritten werden müssen mit dem Antrag der Aufhebung des Lehrvertrags resp. des Lehrverhältnisses. —

** **Bezüglich der Butter- und Fettmarken** für den Monat März wird vom Magistrat folgendes angeordnet: 1. Die Gültigkeit der Fettmarke Nr. 2 sowie der Buttermarke Nr. 5 wird bis zum 31. März verlängert. 2. Die Fettmarke Nr. 3 sowie die Buttermarke Nr. 6 werden vom 23. März ab als gültig erklärt, und zwar wird die Gültigkeitsdauer der Fettkarte Nr. 3 bis zum 31. März, diejenige der Buttermarke Nr. 6 bis zum 10. April verlängert. 3. Die Fettmarke Nr. 4 darf bis auf weiteres nicht angenommen werden. 4. In allen Verkaufsstellen von Butter und andern Speisefetten ist diese Bekanntmachung an einer den Käufern deutlich sichtbaren Stelle zum Aushang zu bringen. —

— **Was als Nahrungsmittel verkauft wird.** Trotz aller Feststellungen über Lebensmittel-Verfälschungen durch die Nahrungsmittelämter werden weitere Betrügereien verübt. Das Nahrungsmittel-Untersuchungsamt zu Insterburg hat Waren aus den Regierungsbezirken Allenstein und Gumbinnen untersucht und dabei festgestellt: Tilsiter Käse enthielt 4 Proz. Gips und 4 Proz. Kochsalz. Hergestellt war er wie Magerkäse, Margarinekäse war völlig ungenießbar und mit Maden durchsetzt. Bei Fleischwürsten betrug der Wassergehalt bis zu 7 Proz. Rindfleisch-Konserven waren vollkommen verdorben. Sülze hatte einen Wassergehalt von 21 Proz. Pichelsteiner Fleisch enthielt 5 Proz. Rindfleisch, daneben Kartoffeln und Gemüse. Dauerwürste waren aus minderwertigen und verdorbenem Fleische hergestellt und enthielten deshalb Kochsalz bis zu 14 Proz. Rauchfleisch war vielfach verdorben. Fleischwürste hatten bis zu 7 Proz. Stärke. Getreidemehl bestand aus zwei Drittel Gips und einem Drittel Sägemehl! —

— **Keine Selbstbereitung von Seifen.** Vom Kriegsausschuß für Oele und Fette wird uns geschrieben: Seitdem eine gewisse Knappheit an Seifen eingetreten ist, wird den Hausfrauen vielfach empfohlen, aus häuslichen Fettresten und dergleichen sich selbst Seife herzustellen. Dieser wohlgemeinte Rat dürfte in Unkenntnis der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen erteilt werden. Durch die Bundesratsverordnung vom 6. Januar 1916 ist nämlich die Verwendung von Fetten und Oelen zur Seifenherstellung verboten. Sie darf nur im Wege der Ausnahme erfolgen, wenn eine besondere Genehmigung seitens des Reichskanzlers erteilt wird. Die Selbstbereitung von Seifen im Hause ist schon aus dem Grunde unzulässig, weil hierbei das wertvolle Glyzerin, das in den Fetten enthalten ist, nicht gewonnen werden kann und verlorengeht. Da das Glyzerin einer unsrer wichtigsten Kriegsrohstoffe ist, bedeutet jede Vergeudung dieses wertvollen Materials eine Beeinträchtigung der Landesverteidigung. Mit den geringen Vorräten an vorhandenen Seifen sollte in den Haushaltungen auf das sparsamste gewirtschaftet werden. Noch immer wird bei der Wäsche in unverantwortlicher Weise Seife vergeudet. In vielen Fällen wird hochwertige Kernseife oder Schmierseife verwendet, wo der angestrebte Zweck ebensogut durch die Verwendung eines billigen Waschpulvers erreicht werden kann. Vor allem aber sollte gegenwärtig ganz davon abgesehen werden, Seifen oder Seifenpulver zum Reinigen von Geschirr oder zu Scheuerzwecken zu verwenden. Für diese Zwecke sollte ausschließlich eine warme Sodalösung benutzt werden, die dieselben Dienste leistet wie die wertvolle Seife. —

— **Kriegsanleihezeichnungen bei der Sparkasse.** Bei der städtischen Sparkasse wurden für die vierte Kriegsanleihe 15 Millionen Mark gezeichnet. Beteiligt sind daran die Zeichner mit 7, die Sparkasse selbst mit 8 Millionen. Für die dritte Kriegsanleihe wurden ebenfalls 15 Millionen bei der Sparkasse gezeichnet. Hierbei brachten die Zeichner 11 Millionen auf, während die Sparkasse 4 Millionen zeichnete. —

— **Beratungsstellen für kriegsbeschädigte Handwerker.** Im Einverständnis mit den Handwerkskammern in Magdeburg, Erfurt und Halle hat die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Sachsen bei den dortigen örtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen, d. i. in Magdeburg und Erfurt der Magistrat, in Halle der Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge für Halle und Saalkreis, Roter Turm, Sonderberatungsstellen ausschließlich für kriegsbeschädigte Handwerker und gelernte Fabrikarbeiter eingerichtet. Mit Rücksicht darauf, daß eine sachgemäße Beratung für kriegsbeschädigte Handwerker nur von Kennern des Handwerks und seiner Erfordernisse ausgeübt werden kann, ist bei diesen Stellen besonderer Wert darauf gelegt worden, daß sie durch Praktiker erfolgt. Eine erforderliche Weiterausbildung auf Fachschulen usw. für Kriegsbeschädigt erfolgt durch Vermittlung der Kriegsbeschädigtenfürsorge unentgeltlich. Ebenso werden die durch Reisen nach den Sonderberatungsstellen und den Aufenthalt am Ort entstehenden Kosten auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge übernommen. Erforderlich ist nur, daß die Anmeldung rechtzeitig durch Vermittlung der zuständigen Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte (Magistrat oder Landratsamt) geschieht! Es ist zu empfehlen, erst Auskunft bei den Sonderberatungsstellen zu holen, bevor man den Beruf wechselt. —

** **Saatkartoffeln.** In der behördlichen Bekanntmachung vom 18. März wurden die Namen der Händler, die Saatkartoffeln durch die Vermittlung der Stadt verkaufen, bekanntgemacht. Der Magistrat weist die Bevölkerung darauf hin, daß der Verkauf nicht mehr bei Herm. Grasemann, Letterstraße 14, sondern bei Herrn Hermann Lübed, Hasselbachstraße 3, stattfindet. —

** **Ungarische Eier.** Von Seiten des Provinz-Einkaufs Sachsen ist dem Magistrat eine kleinere Menge frischer ungarischer Eier zu besonders billigem Preise zur Verfügung gestellt worden, welche von Donnerstag den 23. März an in den städtischen Verkaufsstellen zum Preise von 12 Pf. für das Stück zum Verkauf gelangen. Um eine möglichst große Zahl von Käufern beteiligen zu können, erfolgt Abgabe in Mengen von höchstens 5 Stück gegen Vorzeigung der Brotkarte, welche, um mehrmalige Käufe zu verhindern, entsprechend gekennzeichnet werden wird. —

** **Gestohlen** wurden in letzter Zeit aus einem Schuppen auf dem Neustädter Güterbahnhof elf Füllschrauben aus Rotguß; am 20. abends aus einem unverschlossenen Laden in der Königstraße ein weißer Karton mit 5 Pfund Konfekt; am 21. vormittags aus einem unverschlossenen Fahrradaufbewahrungsraum in der Olvenstedter Straße ein Fahrrad „Brandenburg". —

— **Eine städtische Wurstfabrik.** Die Stadtgemeinde Straßburg i. E., die in der Milchversorgung und Milchbeschaffung schon früher geradezu vorbildlich vorgegangen ist, hat jetzt aus städtischen Mitteln mit einem Kostenaufwand von rund 112000 Mark eine Wurstfabrik und Fleischhalle eröffnet. Es sollen in dieser Fabrik die Fleischvorräte, die in den städtischen Gefrierhallen eingelagert sind, zur Verarbeitung gelangen. —

— **Von der zeitlichen Grenze der Gemeindesteuer.** Der § 60 des Kommunalabgaben-Gesetzes bestimmt unter Ziffer 2b: „Die Steuerpflicht erlischt b) durch das Aufgeben des Wohnsitzes, Sitzes oder Aufenthalts mit dem Ablauf des Monats, in welchem der Wohnsitz, Sitz oder Aufenthalt tatsächlich aufgegeben worden ist; sofern jedoch bis zu diesem Zeitpunkt der Gemeindebehörde hiervon keine Anzeige gemacht ist, erst mit dem Ablauf des folgenden Monats."

Um die Anwendung dieser Bestimmung handelte es sich in einem Rechtsstreite, den Noblendorf gegen den Magistrat zu Charlottenburg führte. N. war tatsächlich schon am 23. September 1914 von Charlottenburg nach Schöneberg verzogen, der Hauswirt hatte aber die Meldung von diesem Fortzug erst am 1. Oktober 1914 an die Behörde gelangen lassen. Darauf hatte der Magistrat von Charlottenburg N. noch für den Oktober zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen. N. klagte auf Freistellung der Steuer für diesen einen Monat und machte geltend, daß er doch nicht unter dem Versehen des Hauswirts leiden könne. Das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz wies jedoch die Klage mit der Begründung ab: Wie das Gesetz (§ 60 Ziffer 2b) nun einmal laute, könne dem Kläger nicht geholfen werden. Es genüge nicht, daß er rechtzeitig bei dem Hauswirt die Meldung erstattete. Sie hätte eben rechtzeitig bei der Behörde eingehen müssen. Da sie dort aber erst am 1. Oktober eingegangen sei, so habe der Charlottenburger Magistrat den Kläger mit Recht noch für den Oktober zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen, wenngleich er bereits am 23. September tatsächlich fortgezogen sei. —

** **Die städtischen Metallabnahmestellen** werden am 23. März wieder eröffnet und am 31. März geschlossen. Altmetall wird nur noch am 30. März von 3 bis 5½ Uhr in der Umfassungstraße 76a ohne vorherige Anmeldung abgenommen. Aufschub ist nur noch möglich für kupferne Waschkessel, die zurzeit nachweislich zur Bereitung von menschlicher oder tierischer Nahrung dienen, wie in Lazaretten, Volksspeiseanstalten landwirtschaftlichen Betrieben und dergleichen, und für ganze Nickel-Kochvorrichtungen deren Ersatz bis zum 1. April bestellt ist, sowie für Wasserblasen in Herden. —

— **Das geänderte Zeugnis.** Ein Sohn des Lehrers Schubert in Gleiwitz, der jetzt im Felde steht, hatte 1914 in seinem Abgangszeugnis von einem Oberlehrer der Oberrealschule für Mathematik (Arithmetik und Geometrie) mangelhaft erhalten, während in dem kurz vorher erhaltenen Vierteljahrszeugnis stand: Arithmetik genügend, Geometrie mangelhaft. Auf eine Beschwerde ordnete dann das Provinzial-Schulkollegium eine Aenderung des Zeugnisses dahin an, daß für Mathematik genügend zu schreiben sei. Die Mutter hatte deshalb kein Vertrauen zu dem fraglichen Oberlehrer und meldete ihren andern jüngern Sohn von der Realschule ab, als er vor der Versetzung in die Klasse jenes Oberlehrers stand. Auf eine Frage des Direktors Hoffmann erklärte Frau Schubert ihr Vorgehen mit einem Hinweis auf den mitgeteilten, den ältern Sohn betreffenden Vorgang. In seiner Erwiderung ließ der Direktor eine Aeußerung fallen, die den im Felde stehenden Alfred Schubert veranlaßte, durch seinen Vater die Beleidigungsklage gegen Direktor Hoffmann zu erheben. Die Klage behauptete, Direktor Hoffmann habe gesagt: „Dann hat Ihr Sohn das Zeugnis gefälscht." Der Direktor erklärte, er habe nicht das Wort gefälscht, sondern das Wort geändert gebraucht. Das Provinzial-Schulkollegium erhob zugunsten des Direktors Hoffmann den Konflikt und verlangte endgültige Einstellung des Verfahrens gegen den Direktor. Das Oberverwaltungsgericht verwarf jedoch den Konflikt als unbegründet und führte aus: Selbst dann, wenn der Direktor das Wort „geändert" gebraucht habe, liege eine Amtsüberschreitung vor. In den Worten des Direktors liege eine Ehrenkränkung des frühern Schülers. Hier könne dahingestellt bleiben, ob einem Lehrer überhaupt die Befugnis zustehe, in Ausübung der Schulzucht einem Schüler gegenüber eine ehrverletzende Aeußerung zu gebrauchen; denn jedenfalls fehle eine solche Befugnis gegenüber der Mutter eines frühern Schülers. —

— **Beschränkung der Lohnauszahlung an Jugendliche.** Einer Verordnung des Oberkommandierenden der Marken, die für die Stadt Berlin und für die Provinz Brandenburg Geltung hat, entnehmen wir: An jugendliche Personen beiderlei Geschlechts darf bis zu ihrem vollendeten 18. Lebensjahre von ihrem baren Arbeitsverdienst, gleichgültig, ob dieser nach Zeitlohn, Stücklohn oder auf andre Weise berechnet ist, für jede Woche nicht mehr als 18 Mark und außerdem ein Drittel des 18 Mark übersteigenden Betrags ausgezahlt werden. Dabei sich ergebende Beträge von weniger als 1 Mark sind ebenfalls bar auszuzahlen. Der nicht auszuzahlende Teil des baren Arbeitsverdienstes ist vom Arbeitgeber binnen 5 Tagen nach jedem Löhnungsabschnitt bei einer öffentlichen Sparkasse auf den Namen des Jugendlichen auf ein Sparkassenbuch mit der Maßgabe einzuzahlen, daß über das Guthaben während der Dauer des Kriegszustandes nur mit Zustimmung des Gemeindevorstandes des jeweiligen Aufenthaltsortes des eingetragenen Inhabers verfügt werden darf. Das Sparkassenbuch bleibt in Verwahrung und Verwaltung der Sparkasse. Der Gemeindevorstand des jeweiligen Aufenthaltsortes des Jugendlichen darf während der Dauer des Kriegszustandes die Zustimmung zu Auszahlungen aus den Sparguthaben nur erteilen, wenn das wohlerwogene Interesse des Jugendlichen es ausnahmsweise erfordert. —

Theater, Konzerte, Zirkus 2c.

Besprechungen.

Wilhelm-Theater. „Der fidele Bauer" war dazu ausersehen, dem beliebtem Darsteller Wilhelm Wilhelmi zu seinem Benefiz Ehrungen mancherlei Art erweisen zu lassen. Der Benefiziant trat in der Rolle des Matthäus Scheichelroither auf, jener fast bodenständig angelegten Figur, die wie aus [illegible] der Volkstümlichkeit auf der Bühne vom Publikum, oft vielleicht unbewußt, mit [illegible] Interesse verfolgt werden. Der Künstler verstand vom [illegible] an, seinem Publikum die sympathische Figur des väterlichen Scheichelroither noch sympathischer zu machen und erreichte mit seinen Spielpartnern Szenen von ausgezeichneter Wirkung, so daß das Publikum den Künstler in Anerkennung des Erfolgs mit Blumen und Beifall in verdienter Menge und Güte auszeichnete. —

Mitteilungen der Direktionen.

Zirkus Schumann beginnt am 1. April sein Gastspiel in Köln, mithin finden am Sonntag den 26 d. M. die letzten Vorstellungen hierselbst statt. Sonnabend nur Nachmittagsvorstellung. Ein Kind frei. M174

Stadttheater. Freitag Gastspiel des königlichen Schauspielers Hans Mühlhofer in „Egmont", Sonnabend „Jugendfreunde" und Sonntag abend „Hänsel und Gretel" in Verbindung mit dem Ballett „Coppélia". —

Zentraltheater. Die Operette „Waldmeister" wird in denkbar bester Besetzung geboten werden. Die Ausstattung ist wiederum erstklassig und vornehm. —

Städtisches Orchester. Sonnabend den 25. März großes Volkskonzert im Zirkus, Leitung Kapellmeister Blumann. Eintrittskarten im Vorverkauf und bei Heinrichshofen. —

Aus der Parteibewegung.

Eine Bezirkskonferenz für das östliche Westfalen, Lippe und Schaumburg-Lippe wurde am Sonntag in Bielefeld abgehalten. Von den rund 13 000 Parteimitgliedern, die der Bezirk vor dem Kriege zählte, stehen nach dem Bericht des Bezirkssekretärs 7500 im Heeresdienst. Die Zahl der Abonnenten auf die Parteipresse hat sich auf verhältnismäßig günstiger Höhe gehalten. Der Abonnementspreis wurde um 10 Pfg. monatlich erhöht. — Ueber „Unsre Politik während des Krieges" referierte Redakteur Genosse Severing. Das Referat bewegte sich im Sinne der Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Sämtliche Diskussionsredner stimmten dem Referenten zu. Von einer Beschlußfassung wurde Abstand genommen. — Zur Steuerfrage wurde eine Resolution beschlossen, die sich gegen die neuen Reichssteuern, soweit sie den Verkehr und den Konsum belasten, wendet, insbesondere wird scharf gegen die das Tabakgewerbe mit neuen 160 Millionen Mark belastenden Steuern protestiert. Die Existenz Tausender von Tabakarbeitern und -arbeiterinnen würde dadurch auf das schwerste gefährdet. Aus der Tatsache, daß einflußreiche Vertreter der Tabakindustrie die neue Belastung gutheißen, dürfe nicht gefolgert werden, daß damit den Interessen der Allgemeinheit genügt sei. Die Konferenz vertrat die Auffassung, daß das Reich den augenblicklichen Bedarf an gesteigerten Einnahmen decken könne durch eine schärfere Kriegsgewinnsteuer, aus einer erneuten Erhebung des Wehrbeitrages, durch Ausdehnung und Erhöhung der Erbschaftssteuer, vor allem aber durch festes Zugreifen bei einer Reichseinkommen- und -vermögenssteuer. —

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben.

Sozialdemokratischer Verein.

Parteigenossen! Wiederholt haben wir im Verlauf des Krieges den leitenden Genossen der einzelnen Orte nahegelegt, das Versammlungsleben nicht allzusehr einzuschränken, damit der innere Zusammenhang unter den Parteigenossen auch in dieser ernsten Zeit erhalten bleibt. Daß öffentliche Versammlungen noch stärkern Beschränkungen unterliegen, wie das mit Vereinsversammlungen der Fall ist, haben wir dabei zum Ausdruck gebracht.

Die Ortsleitungen haben denn auch den allgemeinen Verhältnissen Rechnung getragen und nur dann zur Abhaltung von Mitgliederversammlungen Anregung gegeben, wenn besonders zwingende Ursachen vorhanden waren. Solche Ursachen liegen auch jetzt wieder vor. Die Parteieinheit scheint gefährdet zu sein, da gilt es beizeiten Front zu machen, damit dieses schlimmste Unheil, was uns treffen könnte, abgewendet werden kann. In zwei Versammlungen, in Ottersleben — für beide Ottersleben und Bennecken beck — und in Diesdorf ist schon Stellung genommen; in den andern Orten muß es noch geschehen. Fermersleben wird am Sonntag den 26. März und Salbke am Freitag den 7. April eine Versammlung abhalten. Wie in den schon stattgefundenen Versammlungen, wird sich auch hier die Mitgliedschaft auf den Standpunkt stellen, daß seitens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion getan ist, was getan werden konnte, um all die Klippen des Unheils, die dem Parteischiff entgegenstarren, zu umschiffen.

Aber immer neue Gefahren tauchen auf; Gefahren, die es fast unmöglich erscheinen lassen, dem Strudel der Vernichtung zu entgehen. Die Nahrungsmittelversorgung der breiten Masse des Volkes ist in ein Stadium eingetreten, das ganz außerordentliche Opfer verlangt. Tagtäglich sind die Frauen viele Stunden lang nicht mehr in der Lage, ihre rein häuslichen Arbeiten verrichten zu können. Dabei müssen sie es noch in den Kauf nehmen, daß sie die Stunden opferten und doch ohne Butter und Fleisch zu Hause gehen müssen. Das löst dann naturgemäß einen tiefen Groll aus, der um so stärker ist, wenn sie bei dem Warten in Reih' und Glied die Wahrnehmung machen, daß Frauen der bessern Stände, die wohl über die notwendige freie Zeit zum Warten verfügten, die aber oftmals sehr reichlich versorgt sind, nicht notwendig haben, sich den Strapazen des stundenlangen vergeblichen Wartens zu unterziehen.

Wenn sich dieser Groll nun aber auf die Partei zu entladen droht, müssen wir die Dinge besprechen. Das geschieht am zweckmäßigsten in Mitgliederversammlungen, kann aber auch in öffentlichen Versammlungen geschehen. In Lemsdorf ist die Abhaltung einer solchen Versammlung schon in die Wege geleitet. Andre Orte werden diesem Beispiel folgen müssen.

Aber auch die von der Reichsregierung angekündigten Steuerpläne müssen weiteste Beachtung finden, so daß es sehr wohl am Platze ist, darauf hinzuweisen, daß die Versammlungstätigkeit mehr als bisher gepflegt werden muß. Den leitenden Genossen der einzelnen Orte liegt also die Pflicht ob, die hier angeregten Fragen zu erörtern und sich zwecks Abhaltung von Versammlungen mit uns ins Einvernehmen zu setzen.

Mit Parteigruß

Der Vorstand. J. A.: Jul. Koch.

Groß-Ottersleben, 22. März. (Gemeindevertreter-Wahl.) Am Freitag den 24. März, abends 7½ Uhr findet im Lokal von Rusche die Wahl eines Gemeindevertreters der 3. Klasse statt. Von der Arbeiterschaft ist Genosse Hermann Jordan zur Wahl vorgeschlagen. Nach den getroffenen Vereinbarungen zwischen den Parteien soll der bisherige Besitzstand erhalten bleiben, so daß andre Kandidaten nicht aufgestellt werden. Die Pflicht aller Wähler der 3. Klasse ist es, ohne Ausnahme zur Wahl zu gehen und den vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen. Die Wahl zur 2. Klasse findet am 25. März abends 7½ Uhr im gleichen Lokal statt. Den Arbeiterwählern dieser Klasse empfehlen wir, die aufgestellten bürgerlichen Kandidaten zu wählen. —

— (Eine Lücke.) Die von der Gemeinde angeschafften Kartoffeln werden von den Händlern zum Preise von 5 [illegible] der Zentner verkauft. Da aber [illegible] Bestimmungen von Höchstpreisen für Kartoffeln [illegible] der Landrat des Kreises Wanzleben den Preis für den Verkauf im Kleinhandel auf 4,15 Mark pro Zentner festgelegt hat und eine Abänderung dieses Preises noch nicht erfolgt ist, werden also tatsächlich die geltenden Höchstpreise überschritten. Nach den Bestimmungen machen sich aber Verkäufer sowie Käufer strafbar, wenn sie die Höchstpreise überschreiten. Diese Lücke muß auf jeden Fall beseitigt werden. —

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 22. März. (Zur Beachtung.) Auf Grund des Gesetzes betreffend die Beschulung blinder und taubstummer Kinder sind alle taubstummen und alle blinden Kinder, ferner alle wegen hochgradiger Taubheit oder Schwachsichtigkeit nicht für den allgemeinen Unterricht fähigen Kinder, die in der Zeit vom 1. April 1911 bis 31. März 1912 geboren sind, bis zum 15. April im Zimmer 8 des Dompropsteigebäudes anzumelden. —

Oschersleben, 22. März. (Ein Stichkanal Oschersleben—Bernburg.) In Bernburg hat in einer Sitzung des Gemeinderats Oberbürgermeister Leinweber Mitteilungen über den Plan eines Stichkanals Oschersleben—Staßfurt—Bernburg gemacht. Die Stadt Bernburg ist an der südlichen Linie des Kanals Hannover—Magdeburg interessiert, weil sie einen Stichkanal ermöglicht, der in der Richtung Oschersleben—Egeln—Staßfurt—Leopoldshall—Bernburg zur Saale gehen würde. Dieses Interesse wird dadurch verstärkt, daß durch diesen Stichkanal der Anschluß der Städte Halle und Leipzig an den Mittellandkanal durch Vermittlung der Saale ermöglicht würde, da ja für den Wasseranschluß Leipzigs nur der Plan des Elster-Saale-Kanals in Frage käme. Für die Einzelpläne sollen Ortsausschüsse gebildet werden. Ein Ortsausschuß für die Interessen am Stichkanal Oschersleben—Staßfurt—Bernburg ist bereits in der Bildung begriffen. In Bernburg wird demnächst eine große Versammlung aller an diesem Stichkanal Interessierten stattfinden, in der weitere Beschlüsse für die Bearbeitung des Planes gefaßt werden sollen. Da der Plan wegen des aus Halle und Leipzig zu erwartenden Umschlagverkehrs für Bernburg besonders wichtig ist, hat die Finanzkommission des Gemeinderats bereits den auf die Stadt entfallenden Kostenanteil bewilligt. —

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 22. März. (Die Kartellsitzung) findet am Freitag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Die Tagesordnung ist außerordentlich wichtig. —

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Kolbitz, 22. März. (Gemeindevertreterwahl.) Am 25. März abends 8 Uhr findet im Gasthof von Oha die Gemeindevertreterwahl statt. Die Arbeiter werden ersucht, den Genossen Ch. Riemann wiederzuwählen. —

Wahlkreis Kalbe-Aschersleben.

Aschersleben, 22. März. (Butterkarten) werden am Donnerstag ausgegeben für Brotbücher mit 2 Einheiten Hopfenmarkt 23, für Brotbücher mit 2½ Einheiten Rathaus, Zimmer 8; am Freitag für Brotbücher mit 6 Einheiten Hopfenmarkt 23, für Brotbücher über 6 Einheiten Rathaus, Zimmer 8. —

— (Kartoffelkarten.) Vom 22. März ab werden die Kartoffelkarten derart wirksam, daß die für die Woche vom 15. bis 21. März noch rückständigen Kartoffeln zur Abgabe gelangen. Bei nicht durch 10 Pfund teilbarer Menge wird nach unten abgerundet. Statt 55 Pfund werden 50 Pfund abgegeben. Die Marken sind Hopfenmarkt 23 zu lösen. Für die Inhaber der Kartoffelbücher, die auf den Namen A bis K lauten, erfolgt die Ausgabe vormittags 8 bis 1 Uhr, für die mit L bis Z nachmittags 3 bis 6 Uhr. Die angeführte Zeit ist einzuhalten, auch ist der Betrag abgezählt bereitzuhalten. —

— (Gesperrte Butterkarten.) Es sind Unklarheiten über die Behandlung von Butterkarten aufgetreten, die nicht völlig, sondern nur für ein bestimmtes Quantum Butter gesperrt sind. In solchem Falle sind von der Butterkarte so viel Einheiten abzusetzen, als aus der gesperrten Buttermenge Personen mit einem Wochenquantum von je 125 Gramm befriedigt werden können. Eine Karte mit 6 Einheiten, die für 250 Gramm gesperrt ist, wird danach den Karten mit 4 Einheiten gleichzustellen sein und hat Anspruch auf Berücksichtigung, wenn Butter, Margarine oder sonst ein Fettstoff auf Karten mit 4 Einheiten abgegeben wird. —

Quedlinburg, 22. März. (Höchstpreise für Rindfleisch.) Vom 25. März an dürfen folgende Preise für 1 Pfund nicht überschritten werden: Kochfleisch vom Rind 1,80 Mark, Bratenfleisch vom Rind 2 Mark, Rouladenfleisch 2,20 Mark, schieres Fleisch 2,10 Mark, gehacktes Rindfleisch 2,10 Mark, Gehacktes aus schierem Rindfleisch 2,30 Mark, Rindertalg 2 Mark, Filet 2,80 Mark. Fleisch muß in Mengen von ¼ Pfund abgegeben werden. Talg darf nicht über 1 Pfund verkauft werden.

— (Preiserhöhung der Barbiere.) Wo alles teurer wird, wollen auch die Barbiere nicht zurückbleiben. Wie sie mitteilen, sind auch ihre Gebrauchsartikel im Geschäft im Preise gestiegen, so daß sie sich veranlaßt sehen, die Verteurung auf die Kundschaft abzuwälzen. Das ist nicht mehr auffällig, denn alle Erhöhungen müssen ja von denen getragen werden, die die Ware zuletzt in die Hände bekommen. So ist es bei den Lebensmitteln wie bei allen Gebrauchsgegenständen. Und wenn der Mensch auf Aeußerlichkeiten hält, muß er sich auch mit der Preiserhöhung der Barbiere abfinden. —

— (Eine wackre Tat.) Am Sonnabend stürzte ein dreijähriges Mädchen in den Mühlgraben am Steinweg. Der Schüler der Oberrealschule, Konrad Brücke, bemerkte dies und sprang ohne Zögern in das durch die Schneeschmelze stark angeschwollene Wasser. Seinen Anstrengungen gelang es, das Kind zu ergreifen und unter Hilfeleistung eines Soldaten zu retten. —

Schönebeck, 22. März. (In die Elbe gesprungen.) Die 76jährige Witwe L. versuchte sich am Dienstag in der Elbe zu ertränken. Sie sprang vor den Augen einiger Kinder vom Elbtor aus in das Wasser. Hilferufend trieb sie bis zur Müllerstraße, wo es gelang, sie lebend aus dem Wasser zu ziehen. —

Staßfurt, [illegible] (Das neue Schuljahr) beginnt [illegible] Beschluß der hiesigen Schuldeputation bereits am Sonnabend den 1. April. Die Eltern der schulpflichtig werdenden Kinder wollen also nicht versäumen, sie an diesem Tage vormittags 9 Uhr zur Schule zu bringen. —

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 22. März. (Kriegerfrauen-Versammlung.) Am Freitag den 24. März findet abends 8 Uhr im Lokal von Vogt, Hallstraße, eine Versammlung für Kriegerfrauen und Kriegerangehörige statt, in welcher Parteisekretär Brandenburg über das Thema „Was muß die Kriegerfrau wissen?" reden wird. In dem Vortrag sollen die für Kriegerfrauen in Betracht kommenden Rechts- und Unterstützungsfragen behandelt werden. Da über diese Fragen noch eine bedauerliche Unkenntnis zu verzeichnen ist, so versäume keine Kriegerfrau die Gelegenheit, sich zu informieren. —

— (Die Kartoffeln müssen teurer werden.) In einer im „Fürstenhof" abgehaltenen öffentlichen Versammlung, die vom Mobilmachungsausschuß des Roten Kreuzes einberufen war, hat der Landtagsabgeordnete Hoesch referiert, wobei er nach einem Bericht des „Altmärkers" u. a. ausführte, daß man vor einer den ganzen Verbrauch regelnden Lebensmittelkarte schaudern müßte. Der Gedanke, den Lebensmittelverbrauch einheitlich zu regeln und den Verbrauch so zu gestalten, daß von der Knappheit alle gleichmäßig betroffen werden, ist aber nur für die Kreise abschreckend, die trotz Teurung und Knappheit immer noch genug Nahrungsmittel beschaffen können und die auch nicht gewillt sind, sich Einschränkungen aufzuerlegen. Daß die Kartoffeln teurer werden müssen, begründet Hoesch mit den hohen Preisen für Viehfutter und mit dem Hinweis, daß Kartoffelspiritus für Motoren und zur Herstellung von Brennwein für die Soldaten unentbehrlich ist. Diese Begründung ist durchaus nicht stichhaltig. Die erhöhten Viehfutterpreise rechtfertigen noch lange nicht die gewaltige Verteurung der Kartoffeln.

Eingegangene Druckschriften.

Sozialistische Monatshefte, redigiert von Dr. J. Bloch (Administration: Berlin W 35, Potsdamer Straße 121b), 5. Heft, 22. Jahrgang. Preis 50 Pfg. —

Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie. Von August Winnig. Heft 10 der 10-Pfg.-Bibliothek „Kriegsprobleme der Arbeiterklasse". Verlag Internationale Korrespondenz, Berlin-Karlshorst. —

Vereins-Kalender.

Burg. Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Vereinsversammlung. [illegible]

Fermersleben. Sozialdemokratischer Verein des Kreises Wanzleben. Mitgliederversammlung am Sonntag den 26. März, abends 8½ Uhr, bei Eis.

Wasserstände.

\+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wuchs
Unstrut und Saale.						
Straußfurt . . .	20. März	+ 2,50	21. März	+ 2,64	—	0,14
Weißenfels Untp.	„	+ 2,10	„	+ 2,02	0,08	—
Trotha	„	+ 3,58	„	+ 3,48	0,10	—
Alsleben. . . .	„	+ 3,24	„	+ 3,18	0,06	—
Bernburg . . .	„	+ 2,94	„	+ 2,88	0,06	—
Kalbe Oberpegel .	„	+ 2,40	„	+ 2,38	0,02	—
Kalbe Unterpegel.	„	+ 3,22	„	+ 3,14	0,08	—
Grizehne. . . .	„	+ 3,24	„	+ 3,16	0,08	
Elbe.						
Pardubitz . . .	19. März	—	20. März	+ 0,65	—	—
Brandeis . . .	„	—	„	+ 1,75	—	—
Melnik	„	—	„	+ 1,48	—	—
Leitmeritz . . .	20. „	—	21. „	+ 1,48	—	—
Aussig	„	+ 2,16	„	+ 2,03	0,13	—
Tresden	„	+ 0,67	„	+ 0,55	0,12	—
Torgau	„	+ 3,16	„	+ 3,05	0,11	—
Wittenberg . . .	„	+ 3,89	„	+ 3,85	0,04	—
Roßlau	„	+ 3,70	„	+ 3,59	0,11	—
Barby	„	+ 4,08	„	+ 4,00	0,08	—
Schönebeck . . .	„	+ 3,87	„	+ 3,79	0,08	—
Magdeburg . .	21. „	+ 3,35	22. „	+ 3,25	0,10	—
Tangermünde . .	20. „	+ 4,26	21. „	+ 4,27	—	0,01
Wittenberge . .	„	+ 3,96	„	+ 3,99	—	0,03
Dömitz	„	+ 3,40	„	+ 3,47	—	0,07
Boizenburg . . .	„	+ 3,20	„	+ 3,27	—	0,07
Hohnstorf . . .	„	+ 3,29	„	+ 3,35	—	0,06
Lauenburg . . .	„	+ 3,34	„	+ 3,40	—	0,06

Wettervorhersage.

Donnerstag den 23. März: Zeitweise aufklarend, kälter, etwas Schnee, Frostwetter in Aussicht. —

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 21. März. Todesfälle: Privatmann Louis Bischlager, 66 J. 1 M. Arbeiter-Invalide Andreas Goldgräbe, 58 J. 10 M. 13 T. Witwe Amalie Everth geb. Bodenstein, 57 J. 5 M. 25 T. Arbeiter Rudolf Jenrich, 56 J. 4 M. 17 T. Arbeiter Heinrich Könnicke, 50 J. 10 M. 16 T. Schneiderin Ella Fries, 21 J. 5 M. 29 T. Werner, S. des Schweizers Theodor Gwosdz, 11 M. 24 T. Alfred, S. des Tischlers Paul Schmidt, 5 M. 2 T. Werner, S. des Tischlers Wilhelm Hagemann, 3 M. 5 T.

Buckau, 21. März. Todesfälle: Musketier im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 72 Bureaudiener Heinrich Engelke, 22 J. 2 M. 10 T. Marie geb. Striebing, Ehefrau des Arbeiters Peter Giermann, 49 J. 6 M.

Eckstein Zigaretten
Einzig in Qualität
Trustfrei
A. M. ECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Elektrische Lichtanlagen und Lampen
— auf Miete. —
Magdeburger Elektrizitäts-Gesellschaft Thormeyer & Co.,
202 Breiteweg 202. 3611

4 Mark Nachnahme
1 photographischer Apparat 6/9
mit Lehrbuch und genügend Zubehör, um sofort ohne Vorkenntnisse herrliche Porträts und Landschaftsbilder machen zu können. H224
— Garantie Umtausch. —
Wilh. Fincke, Halle a. d. S., Richard-Wagner-Straße 22.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.

Am 20. März verstarb am Magenkrebs unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Heinrich Könnecke

im 51. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 23. März, nachmittags 3 Uhr, von der großen Leichenhalle des Westfriedhofs aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.

Am 21. März starb unser Mitglied, der Arbeiter

Otto Alex

an einem Herzfehler.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag den 27. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Westfriedhofs aus statt.

Die Verwaltung.

Kränze stets vorrätig, äußerst preiswert von 75 Pf. bis 6 Mk.
Für unsre gefallenen Helden auch versandfertig:
Eiserne Kreuze in verschiedenen haltbaren Ausführungen . von Mk 2.50 an
Präpar. grüne Eichenlaub-Kränze und von präpariertem Waldmaterial . . . von Mk. 2.00 an
Große Auswahl in Zimmerpalmen, blühenden Pflanzen, Blumen und Pflanzkörben, Schalen, langst. Sträußen. 3730
Blumenbörse Stübert
Tischlerbrücke 27/28
gegenüber Dreienbrezelstr.
Größtes Kranzgeschäft am Platze
Fernsprecher 1496.